

# ***Beiträge zur Radeberger Industriegeschichte***



## **Der VEB Robotron Elektronik Radeberg in der „Wendezeit“**

**Bernd Rieprich**

**Heft 6 / 2009**

# **Beiträge zur Radeberger Industriegeschichte**

## **Der VEB Robotron Elektronik Radeberg in der „Wendezeit“**

**von Bernd Rieprich**

**Heft 6 / 2009**

**4. Auflage Januar 2011**

**Exemplar 31 - 40**

# **Der VEB Robotron Elektronik Radeberg in der „Wendezeit“**

	Seite
<b>Vorbemerkung</b>	<b>1</b>
<b>Die letzten Jahre vor der Wende</b>	<b>1</b>
Die Betriebsentwicklung ab 1985	1
Das zweite Halbjahr 1989	2
<b>Das Wendejahr 1990</b>	<b>6</b>
Das erste Halbjahr 1990	6
Vorbereitungen zur Gründung einer GmbH	9
<b>Das zweite Halbjahr 1990 (die neue GmbH)</b>	<b>10</b>
Erste Auswirkungen der GmbH Gründung	10
Zusammenarbeit mit DMC	11
Die Sanierungskonzeption	12
Delegation von Arbeitskräften zum Versandhaus Klingel/ Pforzheim	13
Produktionserweiterungen im IV. Quartal	14
Die Situation zum Jahresende	16
<b>Die Gesamtvollstreckung (ab 1/ 1991)</b>	<b>17</b>
Die Einleitung der Gesamtvollstreckung	17
Erste Aktivitäten nach Eröffnung der Gesamtvollstreckung	18
Der Verkauf eines Betriebsteiles an ANT/ Bosch	19
Die Situation der betrieblichen Berufsschule	19
Bemühungen in der Gesamtvollstreckung zur Betriebsverwertung	21
Die Situation Ende 1991	22
Das Kaufangebot für einen leeren Betrieb, die Versteigerung durch Troostwijk	23
<b>Die Arbeitnehmer in der Gesamtvollstreckung, der Sozialplan, teilweiser Übergang in die ABS</b>	<b>25</b>
<b>Das endgültige Ende des Betriebes 1993</b>	<b>27</b>

# **Der VEB Robotron Elektronik Radeberg in der „Wendezeit“**

## **Vorbemerkung**

Die Darstellung der „Wende“ für einen Großbetrieb der ehemaligen DDR muss von Anfang an als Wagnis eingeschätzt werden. Um von vorn herein dem Vorwurf einer einseitigen Darstellung zu entgehen, soll sich die folgende Ausarbeitung weitgehend auf die Auswertung von Originaldokumenten stützen. Diese Dokumente stehen aber aufgrund der speziellen Situation der Gesamtvollstreckung für den obigen Betrieb und der damit verbundenen weitgehenden Zerschlagung bzw. Zersplitterung des Betriebes, nur noch sehr eingeschränkt zur Verfügung. Der Umfang, der an staatliche Archive übergebene Unterlagen ist minimal und beschränkt sich fast ausschließlich auf wenige gesamtwirtschaftliche Jahresabrechnungen, ergänzt durch Lohnunterlagen.

Diese Ausgangslage führt damit zwangsläufig zu Lücken in der Gesamtdarstellung. Eine teilweise subjektive Sicht soll zwar vermieden werden, ist sicherlich aber nicht vollständig auszuschließen. Weiterhin ist aus dem jeweiligen Textumfang für Einzeldarstellungen nicht auf ihre Bedeutung rückzuschließen. Kleinere Ereignisse werden teilweise umfassender dargestellt, wenn sie als charakteristisch für die Gesamtsituation gelten.

Die Gesamtdarstellung erschien mir (auch mit notwendigen Einschränkungen) wichtig, um für spätere Betrachtungen einen möglichst umfassenden Sachstand zu sichern, der gerade am Beispiel des obigen Betriebes die Vielzahl der Probleme der Umwandlung von Industriebetrieben bzw. Betriebsverwertungen, sowie der sozialen Probleme der Arbeitnehmer in diesem Zeitraum deutlich macht. Gezeigt werden sollen aber auch die vielen allgemeinen staatlichen Lösungsansätze der damaligen Zeit in ihrer Wirkung, bzw. Wirkungslosigkeit.

Besonders interessant erscheint der Verlauf der Gesamtvollstreckung mit seiner von Anfang an streng verfolgten Wahrung der Interessen der Gläubiger, in fast allen Entscheidungen zu Lasten einer Betriebssanierung bzw. einzelner Betriebsausgründungen. Dem steht ein heute immer noch nicht abgeschlossenes Gesamtvollstreckungsverfahren gegenüber, in dem über die Hälfte der Gläubiger in ihrer ursprünglichen Form nicht mehr existiert und ein zweistelliger Millionenbetrag seit über zehn Jahren auf seine Verwertung wartet.

## **Die letzten Jahre vor der Wende**

### **Die Betriebsentwicklung ab 1985**

Die produktionsseitige Situation war im Betrieb ab 1985 geprägt durch

- Schließung der Abteilung Entwicklung Rechentechnik im Dezember 1984, bei gleichzeitigem Abbruch aller Entwicklungsthemen. Damit verbunden war der schrittweise Rückgang dieses Produktionsspektrums, als ursprünglicher Fertigungsschwerpunkt des Betriebes nach der mit der Kombinatgründung 1969 verbundenen Umstrukturierung.
- Aufbau einer Entwicklungsabteilung für „Spezielle (militärische) Produktion“ unter verschärfter Geheimhaltung. Dem Aufbau der Entwicklungsabteilung folgte der Aufbau eines kompletten Teilbetriebes (ca. 230 Mitarbeiter) mit vollständigem Reproduk-

tionsprozess in sicherheitstechnisch abgetrennten rekonstruierten bzw. neu errichteten Gebäuden.

- Ständige Erweiterung der Fernsehgeräteproduktion, als dem bereits vor 1985 nach Wertvolumen größten Produktionszweiges, ohne Personal- und Strukturanpassung des Betriebes. *Ursprünglich waren in einem populistischen Großprogramm zum VIII. Parteitag 1971 alle Betriebe verpflichtet worden, etwa 5% ihrer Warenproduktion als „Konsumgüter“ (Waren des täglichen Bedarfs)) auszuliefern, um die allgemeine Versorgungssituation der Bevölkerung zu verbessern. Da das Kombinat seine ebenfalls vorhandene Auflage zum Export von Erzeugnissen der Datenverarbeitung in das westliche Ausland nicht annähernd erfüllte, wurde diese Lücke durch den ursprünglich nicht geplanten Export von Fernsehgeräten geschlossen. Die eigentliche Fernsehgeräteproduktion war nach 1965 dem Kombinat Rundfunk und Fernsehen zugeordnet worden.*
- Beibehaltung der Produktionslinie Richtfunktechnik mit geringem zivilen Anteil und hohem militärtechnisch genutztem Anteil. Daraus abgeleitet ein schrittweiser Ausbau des Produktionsbereiches Industrieinstandsetzung für Armeeaufträge.
- Breitgefächerte Produktion von mechanischen Teilen in den Verfahren Zerspanung und Blechumformung einschließlich Oberflächengestaltung in Lack und galvanischen Veredelungen für Kombinatbetriebe, die über die große Breite der in Radeberg vorhandenen Verfahren nicht verfügten.

Die sich entwickelnden Veränderungen spiegelten sich in keiner neuen Betriebszielstellung wider. Alle notwendigen einschneidenden Grundsatzentscheidungen wurden ständig verschoben und durch operative Änderungen ersetzt. Zunehmend hatte der Betrieb keine perspektivische Zielstellung und kein wirtschaftliches Produktionsprofil mehr.

Unter obigen Bedingungen betrug das Produktionsvolumen 1985 555 Mio. Mark. Mit 333 Mio. Mark hatte daran die Fernsehgeräteproduktion den größten Anteil. Es folgte die Richtfunkgeräteproduktion mit 100 Mio. Mark, vor der Produktion der Rechentechnik mit 78 Mio. Mark und Leistungen der mechanischen Teilefertigung mit 43 Mio. Mark. Dieser Wert wurde kontinuierlich bis zum Jahr 1989 auf geplante 680 Mio. Mark gesteigert, wobei die Erhöhungen fast ausschließlich durch die Fernsehgeräteproduktion erreicht wurden. Die erstmals im Produktionsplan 1989 aufgenommene neue spezielle Militärproduktion im Umfang von 54 Mio. Mark wurde nicht realisiert, da bereits ab Anfang 1989 die Entwicklungsthemen schrittweise wieder eingestellt wurden. Im Januar 1990 konnte dann dennoch verkündet werden, dass der korrigierte Plan für 1989 mit 113 % und einem Nettogewinn von 26 Mio. Mark erfüllt sei. Damit war die von allen Betriebsangehörigen erwartete „Jahresendprämie“ (13. Monatsgehalt) gesichert.

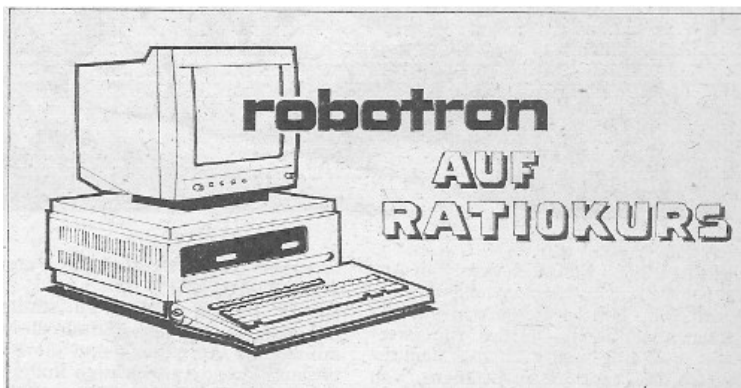
## **Das zweite Halbjahr 1989**

Ausgelöst durch die offensichtlichen Manipulationen bei den Kommunalwahlen im Mai, dem Verbot der Zeitschrift Sputnik, als kritisches Zeitschriftenprodukt innerhalb der DDR, der ständig wachsenden Anzahl von Ausreiseanträgen (auch von Betriebsangehörigen), wurde die Stimmung innerhalb des Betriebes gereizter. Die offene Kritik eines breiten Belegschaftsanteiles, auch der als Vorbild eingestuften SED Mitglieder mit teilweisen Parteiaustrittserklärungen wurde größer, ohne dass von den zuständigen Leitungsebenen wesentliche Reaktionen erfolgten. Die offiziellen Verlautbarungen von Betriebsleitung, Parteileitung und Gewerkschaftsleitung zeigten anfänglich keine Eingeständnisse von Fehlentwicklungen. Für die offizielle positive Linie nutzte die Betriebs- und Parteileitung die im bisher nicht gekannten Umfang im Betrieb durchgeführten Großinvestitionen mit den Schwerpunkten

- mechanische Teilefertigung (Zerspanung und Umformung)
- automatische Galvanisierungsabläufe (Zink)
- automatische Bestückungs-, Löt- und Prüfvorgänge von Leiterplatten der Fernsehgeräteproduktion
- automatische computergesteuerte Lackiervorgänge,

(Einzelbeispiele siehe nächste Seite) ausschließlich mit technischen Spitzenerzeugnissen von namhaften Firmen westlicher Länder in den Jahren 1988/ 1989, als Zeichen wesentlicher ökonomischer Verbesserungen und Aufwärtsentwicklungen.

Auslöser für diese außergewöhnlichen Investitionen war die Rolle des Betriebes als Devisenbeschaffer, durch die Fernsehgeräteproduktion für das westliche Ausland und die Zulieferrolle des Betriebes für mechanische Teile innerhalb des Kombines, für die mit der neuen Zielstellung „robotron- auf Ratiokurs“ verbundene Kleinrechnerproduktion in Massenstückzahlen.



*Symbol für die neue Kleinrechnermassenproduktion*

Hier wurde erstmals sicher unter dem verstärkten Erfolgsdruck der Regierung, in der sich ständig verschlechternden allgemeinen Wirtschaftslage, vom Prinzip der uneffektiven Selbstherstellung von Ausrüstungen für Rationalisierungslösungen abgewichen (bisher bauten solche Lösungen unter dem Slogan „Robotereinsätze“ jeder Betrieb selbst).

Unter den politischen Begleitumständen (*zentralstaatliche Vorgaben, stark eingeschränkte Reisekader für das westliche Ausland*) konnte die Auswahl der Ausrüstungen nur bedingt durch den Betrieb beeinflusst werden und nur wenig ausgewählte Mitarbeiter konnten den späteren Einsatz effektiv und rechtzeitig vorbereiten. Geschmälert wurde die Wirksamkeit der modernen Technik durch ihre Aufstellungen zum großen Teil abseits der Finalerzeugnisfertigungslinien und der sich teilweise ergebenden unvollständigen Einsatzlösungen. Hierfür nur zwei konkrete Beispiele

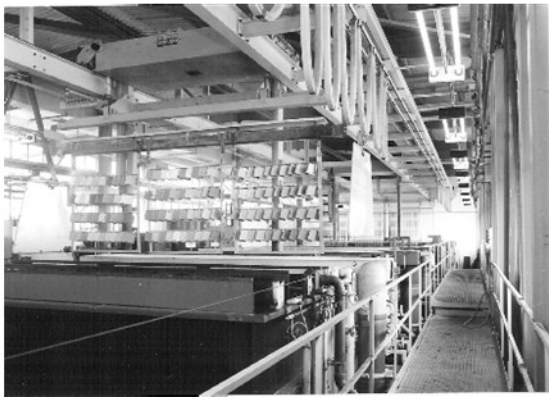
- Die Gehäuse für Fernsehgeräte und Monitore wurden in einem Endlosprozess in großen Stückzahlen vollautomatisch gewaschen, getrocknet und lackiert, um anschließend in Kleinstückzahlen mittels Elektrokarren über große Entfernungen und schlechtesten Wegstrecken zur Geräteproduktion bzw. zum Versand, mit erheblichem Aufwand und Beschädigungsquoten, transportiert zu werden.
- In der Fernsehgeräteproduktion wurde eine automatisierte Lösung zur Geräteverpackung eingeführt. Die zur Verpackung benötigten Schalen wurden jedoch von einer jeweils größeren Anzahl Mitarbeitern der Materialwirtschaft nach dem Prinzip der Eimerkette unter teilweiser Nutzung von Förderbändern aus der Bauabteilung zum Verpackungsort geliefert.



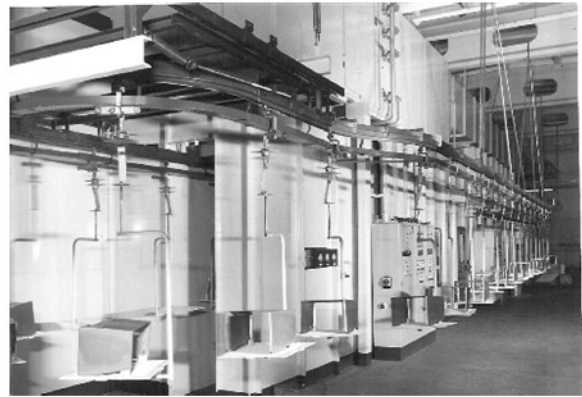
kung eingeführt. Die zur Verpackung benötigten Schalen wurden jedoch von einer jeweils größeren Anzahl Mitarbeitern der Materialwirtschaft nach dem Prinzip der Eimerkette unter teilweiser Nutzung von Förderbändern aus der Bauabteilung zum Verpackungsort geliefert.



**Beispiele aus den Investitionsmaßnahmen der Jahre 1988/ 89**



*links automatische galvanische Verzinkung,*



*rechts automatische Lackieranlage*



*Neues Blechbearbeitungszentrum, links Regalanlage mit Nippelautomat Firma Raskin, rechts Abkantautomat Firma Beyeler*

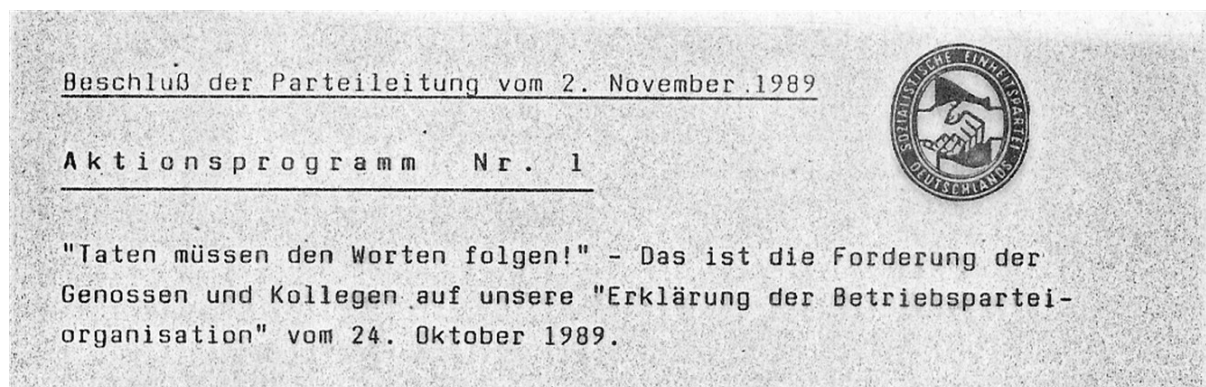


*Einzelmaschinen der Firma Dynapert/ USA zur automatischen Bestückung von Leiterplatten mit aufsetzbaren BE, innerhalb einer neuen komplexen Leiterplattenfertigung*

Unter Propagierung der bereits geschilderten Teilerfolge und Nutzung von Stimmen einzelner SED Mitglieder, wurden die sich deutlich abzeichnenden Veränderungsforderungen des Großteiles der Belegschaft von den Leitungen (Betriebszeitung stand unter Leitung der Betriebsparteiorganisation) offiziell ignoriert.

Das erste Signal zur Veränderung wurde durch eine Wortmeldung eines Betriebsingenieurs in der Betriebszeitung vom 20.10.1989 ausgelöst. Inhalt war der Standpunkt des Schreibers, zu den Auswirkungen der offiziell verschwiegenen verstärkten Ausreisewelle, die Anmahnung von Fehlereingeständnissen der Regierung verbunden mit Kurswechsellvorschlägen, die Anmahnung der in der Verfassung verankerten Pressefreiheit und der Wunsch nach mehr Mitbestimmung im eigenen Arbeitsbereich, unter Anwendung ökonomischer Maßstäbe. Wie sich später herausstellte, war der Artikel eine mehrfach korrigierte Fassung des Einreichers, nach Aussprachen vor der für die Betriebszeitung zuständigen Parteileitung. In seinem Inhalt aber immer noch „revolutionär“ für den damaligen Zeitpunkt.

Mit dieser Veröffentlichung mehrten sich schlagartig die kritischen Wortmeldungen, allerdings immer noch flankiert von Erfolgsparolen, ohne Andeutung einer notwendigen prinzipiellen Kursänderung. Am 06.11.1989 folgte die erste Aussprache im großen Rahmen im überfüllten Speisehaus. Die Gewerkschaft reagierte zuerst in Richtung einer neuen Linie, durch Wahl eines neuen Vorsitzenden. Die Betriebsparteileitung konnte oder wollte die neue Situation nicht wahrhaben. Das „Aktionsprogramm Nr. 1 vom 02.11.1989“ enthielt 5 weitestgehend nichtssagende Abschnitte. Es wurde z. B. versucht durch „Einsparung einer 2. Sekretärin“ in der Parteileitung, „Errichtung einer Informationsstelle zur Entwicklung in der UdSSR“ und „allgemeinen Forderungen an die Betriebsleitung, z.B. zur Abschaffung der Sozialistischen Hilfe“ auf die Gesamtsituation zu reagieren. Von der bisher in Anspruch genommenen Führungsrolle, auch bei notwendigen Veränderungen, war nichts zu merken.



Im Dezember wurden die Protestaktionen deutlicher. Die Betriebsleitung versuchte die Einbeziehung der Belegschaft, einschließlich der sich bildenden neuen Organisationen, in einen Wendeprozess, durch Schaffung eines „Runden Tisches“ nach staatlichem Vorbild, zu berücksichtigen.

Prinzipiell erreichten die Protestaktionen im Betrieb aber nicht annähernd die Auswirkungen der Aktionen auf der Straße (Montagsdemo). Sicher war vielen Beschäftigten bei allem Frust auch klar, dass prinzipielle Veränderungen nicht in erster Linie durch die Betriebsleitung erreichbar waren. Darüber hinaus waren in der Kürze und Mächtigkeit des Umsturzes auch noch keine endgültigen klaren Vorstellungen, für anzustrebende Veränderungen (z. B. Wiedervereinigung oder zwei Staaten), vorhanden.

Über die umfangreiche Beteiligung von Betriebsangehörigen an zentralen Protestaktionen in Dresden kann hier nicht ohne die Gefahr der Unvollständigkeit berichtet werden.

Die Betriebsparteileitung löste sich nach einem Sonderparteitag der SED im Dezember auf und verließ den Betrieb. Ebenfalls stellte die Kampfgruppe ihre Arbeit ein. Die für die Be-



waffnung zuständige Volkspolizei begann im Dezember mit dem Abtransport der Waffen (Abschluss 15.01.1990).

Unabhängig von der aufgewühlten und kritischen Situation kann aber eingeschätzt werden, dass in der gesamten Zeit ein störungsfreier und kontinuierlicher Arbeitsablauf in der Produktion und in den anderen Betriebsabteilungen gewährleistet war. Der Jahresproduktionsplan wurde erfüllt.

## Das Wendejahr 1990

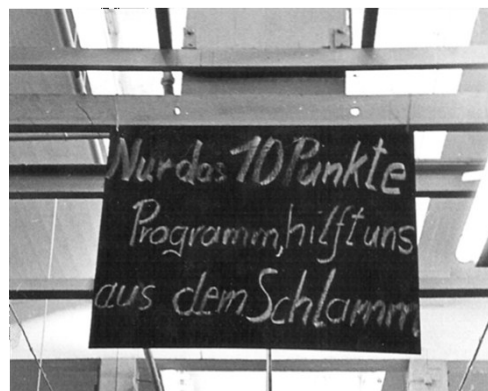
### Das erste Halbjahr 1990

Im Januar reagierte die Betriebsleitung von Anfang an auf Änderungsforderungen der Belegschaft. So wurde der Kampf um die an die Planerfüllung gekoppelte „Wanderfahne“ eingestellt. Eine Erstellung von Brigadeprogrammen mit ideologischen und ökonomischen Zielstellungen wurde abgebrochen. Im Januar erfolgte weiterhin die Entpflichtung aller ehemaligen Kampfgruppenmitglieder.

Unabhängig davon führte die Belegschaft im Januar einen in erster Linie politisch geprägten Warnstreik vor dem Betriebstor durch. Die Forderungen von Bundeskanzler Helmut Kohl zur anzustrebenden Einheit, in seinem 10 Punkteprogramm, wurden von den Arbeitern in der mechanischen Fertigung aufgegriffen und propagiert.



*Warnstreik im Januar 1990*



*Hinweis auf Helmut Kohl in der Dreherei*

Nachdem im Februar die Gewerkschaftswahl und die Wahl eines Betriebsrates (noch ohne gesetzlicher Grundlage) vorbereitet war, stellte Ende Februar der Runde Tisch seine Arbeit wieder ein. Für eine Mitsprache der Arbeitnehmer wurde auf die neu zu wählenden Vertretungsorgane orientiert. Der daraufhin im März gewählte Betriebsrat bestimmte keinen Vorsitzenden, sondern arbeitete mit einem Sprecherrat. Sogenannte leitende Angestellte (etwa 130) waren bei dieser Wahl ausgeschlossen worden. Sie wählten erst Ende Juni ihren eigenen Sprecherrat.

Im April wurden nach Beschlüssen des Ministerrates neue Lohn- und Gehaltsgruppen festgelegt, die für die überwiegende Zahl der Beschäftigten finanzielle Verbesserungen brachten. Für das Jahr 1990 lag im Januar noch der unkorrigierte Produktionsplan über ca. 590 Mio. Mark mit 4016 Beschäftigten vor. Problematisch war dabei vor allen Dingen die Wiedereingliederung von 227 Beschäftigten aus dem aufgelösten „Speziellen Werk“.

Ab 01.02. wurde mit der Einsetzung eines neuen Betriebsdirektors die längere Phase eines amtierenden Vertreters abgeschlossen. Der Betrieb erhielt zuerst eine neue Leitungsstruktur als Ausgangspunkt für wirkliche wirtschaftliche Veränderungen.

Ab März traten zusätzlich erste wesentliche „von außen geprägte“ Veränderungen ein.

- Der für den Absatz der Datenverarbeitungsgeräte im Kombinat zuständige VEB Robotron Anlagenbau (RAB) kündigte wesentliche Bestellungen, das war der Auftakt für die schrittweise Einstellung des Produktionszweiges Datenverarbeitung.
- *Für viele Produkte in der DDR traten neu verordnete aber auch bald vom Handel selbst willkürlich durchgeführte Preisreduzierungen ein, ohne dass Bauelemente und Rohstoffpreise mit reduziert wurden.* Für den Radeberger Betrieb betraf dies in erster Linie die Fernsehgeräte. So wurde das Gerät RC 9140 von 5150,- M auf 1999,- M Ladenpreis gesenkt. Im Ergebnis gab es eine gute Auftragslage zur Frühjahrsmesse, allerdings verbunden mit einer erheblich reduzierten Rentabilität. Als Reaktion des Betriebes wurde versucht den Exportanteil zu erhöhen, da hier noch von der Regierung eine Stützung gezahlt wurde. Eine weitere Erscheinung war ein enormer Nachfrageanstieg für Schwarz/ Weiß- Kofferfernsehgeräte nach extremer Preissenkung. Ein Produktionssortiment, dessen Einstellung eigentlich vorgesehen war. Alle Entscheidungen erfolgten aus den sich fast täglich ändernden Rahmenbedingungen. Im Nachhinein keine zukunftsichernden Entscheidungen.
- *Mit der Bildung der Treuhandanstalt im März, war das Ende der Volkseigenen Industrie unabhängig noch offener gesetzlicher Regelungen praktisch festgelegt. Damit stand für fast alle Großbetriebe fest, dass ein Überleben, ohne Partner aus der BRD mit Finanzmitteln und absatzfähigen Produkten, nicht möglich war.*
- Für Radeberg bot sich als eine Lösungsmöglichkeit die Zusammenarbeit mit der Bosch Tochter ANT an. Zu diesem Betrieb bestanden über die Entwicklungsabteilungen beider Firmen schon seit einigen Jahren Beziehungen, für die damalige Zeit durchaus nicht typisch. Zur Frühjahrsmesse wurden von der Deutschen Post bereits Aufträge an ANT unter Beteiligung von Radeberg ausgelöst (*Ein 2 Milliarden Förderprogramm zur Verbesserung der nachrichtentechnischen Infrastruktur in der noch-DDR wurde auf BRD Konzerne, entsprechend der von ihnen in DDR Betrieben gesicherten Arbeitsplätzen, aufgeteilt*).  
Speziell Vertreter der Datenverarbeitung im Betrieb favorisierten dagegen eine Zusammenarbeit mit der Firma Siemens.  
Nach endgültiger Einigung auf ANT als Partner, erfolgte im Mai die Unterzeichnung einer Absichtserklärung zur Schaffung eines Gemeinschaftsunternehmens. Gleichzeitig wurde ein Vertrag zur gegenseitigen Nutzung von Patenten abgeschlossen.



*Erstes Treffen mit einer Delegation aus dem Betrieb ANT in Radeberg, bereits 1988*

- *Den sich abzeichnenden marktwirtschaftlichen Entwicklungen folgend, musste die Trennung von den nicht zum Betriebsprofil gehörenden Abteilungen durch Verkauf oder Vermietung vorbereitet werden. Das betraf im eigenen Fall die Kindergärten, die Betriebsferienheime, das Gästehaus, das Betriebsklubhaus, die Berufsschule, die KFZ Reparaturwerkstatt, das Heizkraftwerk einschließlich Stromerzeugung, das Ärztehaus, die Betriebswäscherei und die Schneiderei, die Werksküchenversorgung, den Sportplatz, das Bewachungswesen. Diese Bereiche beschäftigten etwa 300 Arbeitnehmer. Ab März wurden erste marktwirtschaftliche Erfahrungen mit der selbständigen Führung und Abrechnung des Wohnheimes in Pensionsform gesammelt.*
- *Vom 06. bis 08. April kam es in den leerstehenden Hallen des VEB Kokosmatte Radeberg zum ersten Ramschverkauf von Waren aus der BRD zu M- Preisen mit Umrechnungsfaktor. Damit begann eine Übergangszeit für die Bevölkerung mit Angeboten von positiven und negativen Seiten aber mit fast durchgängigen negativen Auswirkungen auf hier produzierende Betriebe. Produkte, die heute wieder eine hohe Akzeptanz am Markt haben, wurden trotz Tiefpreisen nicht mehr von der Bevölkerung angenommen.*

Bis April konnte der Betriebsplan noch in etwa realisiert werden, wobei Produkte der Datenverarbeitung auf Halde produziert wurden. Ihr Verkauf sollte gerichtlich über die vorliegenden, bestätigten Verträge durchgesetzt werden.

Ab Mai trat ein Produktionsrückgang ein, der in erster Linie die Frage der Beschäftigung der Betriebsangehörigen aufwarf. Eine sofortige Reduzierung der Arbeitskräfte war unumgänglich. Erste Ansätze bildeten Aussprachen mit noch berufstätigen Rentnern über die Auflösung der Arbeitsverträge (*eine Weiterarbeit nach Erreichung des Rentenalters war aufgrund der geringen Rente zur damaligen Zeit durchaus üblich*) und die Nutzung der neuen gesetzlichen Möglichkeit des Vorruhestandes für Beschäftigte über 55 Jahre (*nach teilweise großen Widerständen und Protesten der damals Betroffenen, zeigt sich heute, wie bei vielen Regelungen in der Wendezeit, dass die damalige Altersabsicherung im überwiegenden Teil finanziell den späteren altersgerechten Rentenübergängen in ihrer Zahlungshöhe überlegen war*). Noch im Mai konnte mit diesen Aktivitäten eine erste Reduzierung der Belegschaft um 500 Mitarbeiter erreicht werden.

Im Verlauf des Monats Mai verschlechterte sich dann die Absatzsituation für die gesamte Produktion derartig, dass sie zu nicht mehr kompensierbaren Ausfällen führte. Die Firmenleitung wandte sich daher in einer Komplexdarstellung an die Wirtschafts- und Finanzminister. Dargestellt wurde das Erzeugnissortiment von 1985- 1990 für die Haupterzeugnisse

- Kleinrechner und Datenfernverarbeitungsprozessoren für Binnenmarkt und Export
- Breitbandrichtfunkgeräte für die Deutsche Post und Schmalbandrichtfunkgeräte für Landesverteidigung und Anlagenexport
- Transportable Fernsehgeräte für Export und Binnenmarkt
- Industrieinstandsetzung für die Landesverteidigung
- Spezialtechnik für Landesverteidigung und UdSSR Export
- Sonstige Leistungen untergeordneter Produktionswerte (vorrangig mechanische Teilefertigung)

Ausgangswert war ein Produktionsvolumen von 555 Mio. Mark für 1985 mit einer Steigerung im Jahr 1989 auf 632 Mio. Mark. Bei einer angenommenen durchschnittlichen Verteilung auf 12 Monate ergibt sich für 1989 ein Monatsdurchschnitt von ca. 53 Mio. Mark. Von Januar bis April wurden mit ca. 45 Mio. Mark monatlich die Verluste noch in erträglichen Grenzen gehalten. Im Mai sank dagegen die Produktion auf 33 Mio. Mark und für den Monat Juni wurden nur noch 28 Mio. Mark prognostiziert. Als wesentliche Ursachen für die Entwicklung werden genannt

- Stornierungen für Bestellungen für Rechentechnikerzeugnisse

- Preisverfall für Fernsehgeräte (für das Haupterzeugnis von 3286,- M auf 1126,- M)
- Ausfall der Produktion für Landesverteidigung und spez. UdSSR Export

Genannt wurde die negative Entwicklung durch ausbleibende Umverteilungen im Kombinat zur Sicherung der „speziellen Produktion“ und den sich gebildeten Materialüberplanbeständen und unvollendeten Erzeugnissen.

Für die Planung der Zeit nach DM Umstellung und GmbH Gründung zum 30.06. wurden bei Beibehaltung des ursprünglichen Planes für das zweite Halbjahr Erlöse von 71 Mio. DM bei Aufwendungen von 135 Mio. DM prognostiziert. Die geforderte Hilfestellung wurde in erster Linie für die Abwertung der nicht nutzbaren Materialbestände und unvollendeten Erzeugnisse angemahnt.

Die Darstellung blieb ohne Reaktion von staatlicher Stelle, die Probleme gingen in der Vorbereitung der Gründung der neuen GmbH unter.

Als eigene Initiative des Betriebes zur Schließung entstandener Produktionslücken durch zusätzliche neue Fertigungserzeugnisse, wurde neben den bereits laufenden Aktivitäten mit der Firma ANT, eine Kooperation mit der Fa. Nissei, Japan zur Fertigung von Fax Geräten vorbereitet. Die Effektivität der laufenden Fernsehgeräteproduktion sollte durch Zukauf preisgünstiger Baugruppen aus dem Ausland, als Übergangsregelung bis zum Anschluss eigener kostengünstigerer Eigenentwicklungen, gesteigert werden.

## **Vorbereitungen zur Gründung einer GmbH**

*Entsprechend Beschluss des Ministerrates der DDR wurde im März 1990 nach Vorschlag des „Runden Tisches“ die Anstalt zur treuhändlerischen Verwaltung des Volkseigentums gegründet (Treuhandanstalt THA). Sie wurde damit Zwischeneigentümer für alle volkseigenen Betriebe und damit zuständig für ca. 4 Mill. Beschäftigte.*

*Eine der ersten Aufgaben der THA an die Betriebe war die Umwandlung der Betriebe in Kapitalgesellschaften mit der Zielstellung 30.06.1990. Man war sich dabei im klaren, dass etwa 70 % der bisher zentralgeleiteten Betriebe in die Verlustzone gelangen werden und die Rentabilitätsschwelle erst nach einer intensiven Sanierungsphase erreicht werden kann.*

Da der Vorschlag der Kombinatiatsleitung Robotron zur Überführung des Kombinates in eine Holding scheiterte, bereitete der Radeberger Betrieb die Umwandlung in eine GmbH selbständig vor (Vorschauname Robotron Telecom GmbH).

Neben der Einarbeitung in eine Vielzahl von neuen gesetzlichen Grundlagen lag ein besonderer Schwerpunkt in der erstmals wertmäßigen Bewertung von Grund und Boden, sowie Gebäuden des Betriebes. Diese Fragen hatten bisher unter dem Aspekt „Volkseigentum“ keinerlei Rolle gespielt. Bei den neuen Bewertungsgrundsätzen einer Firma mit dem Schwerpunkt „Betriebsbilanz“ mit Aktiva und Passiva, jedoch nun eine entscheidende Position. Schnell zeigte sich, dass es hier einen großen Spielraum der „Interpretierbarkeit“ gab. Diese möglichen Differenzen traten auch in der folgenden Zeit, speziell bei Firmenverkäufen, selbst bei Einsatz verschiedener anerkannter Gutachter, auf.

*Firmen, die den Arbeitsauftrag zur Vorbereitung einer Kapitalumwandlung aus den verschiedensten Gründen nicht termingerecht erfüllten oder erfüllen konnten, wurden nach dem 01.07.1990 zwangsumgewandelt.*

Die Umwandlungserklärung für den Radeberger Betrieb erfolgte am 30.06.1990 mit Urkundenrolle 397/ 90 des Berliner Notars Dr. Bönicke. Damit firmierte der Betrieb ab 01.07.1990 unter Robotron Telecom GmbH i. G., die Eintragung in das Handelsregister B erfolgte unter Nr. 977 am 11.10.1990. Eine Abschlussbilanz des alten Betriebes lag für Ende 1989 mit Erweiterung auf den 30.5.1990 vor.

Bestandteil der Umwandlung war der unmittelbar vor dem Notartermin mehrmals speziell im Punkt Stammkapital geänderte Gesellschaftervertrag, in der Endfassung mit 70 Mio. M und der Treuhandanstalt als einzigen Gesellschafter.

Ein Gesetzblatt über DM Eröffnungsbilanzen (DDR) existierte noch nicht, mit einem ersten Entwurf wurde ab Ende September 1990 gearbeitet.

Mit der Umwandlung und GmbH Gründung wurde gleichzeitig die Trafobau Pirna GmbH, als ehemaliger Betriebsteil des Radeberger Betriebes, gegründet und einschließlich Grund und Boden aus dem bisherigen Betrieb ausgegliedert.

Die mit der GmbH Gründung verbundene Bildung eines Aufsichtsrates wurde nie ernsthaft betrieben. Diskutiert wurden mit der THA die Anzahl der Mitglieder und die zutreffenden gesetzlichen Grundlagen. Erste Personenvorschläge trafen auf den scharfen Protest des Betriebsrates unter dem Motto „keine alten Seilschaften“.

Mit der GmbH Gründung verfügte der Betrieb nunmehr formell auch wieder über eigenen Grund und Boden. Offiziell erfolgte auch hier erst mit Urkunde vom 10.09.1991 (bereits Zeitraum der Gesamtvollstreckung) die Zuerkennung, als Voraussetzung des Rechtsüberganges, gegenüber dem Grundbuchamt.

Entsprechend dieser Bescheinigung gehörte der Robotron Telecom GmbH eine Fläche von 558.077 qm. Davon befanden sich 488.733 qm in Radeberg und 69.146 qm außerhalb von Radeberg, meist im Zusammenhang mit Ferienobjekten in Niesky, Waldbärenburg, Waldau und Prerow.

Die Fläche in Radeberg teilte sich zu 400.567 qm auf die unmittelbare Betriebsfläche einschließlich Lehrkombinat, Gästehaus, Betriebsteil Straße des Friedens (Orion) und Gleisanlage neben dem Karosseriewerk auf. Die restlichen 88.170 qm auf soziale und kulturelle Einrichtungen, wie Sportplatz Schillerstraße, Kulturhaus Dresdner Straße, Kindereinrichtungen Robert- Blum- Weg und Kleingartenanlage Heidestraße/ Robert- Blum Weg.

## **Das zweite Halbjahr 1990 (die neue GmbH)**

### **Erste Auswirkungen der GmbH Gründung**

Nach der Umbildung des Betriebes in eine GmbH, der Einführung der DM als offizielle Währung, der Aufhebung der Preisbildung in der Wirtschaft und der Reaktion auf ständig neue gesetzliche Vorgaben, entstanden neue Arbeitsdokumente in schneller Abfolge.



*Neues Firmenlogo, wiedereingeführtes Warenzeichen*

In betriebsorganisatorischer Hinsicht waren das eine neue Geschäftsordnung, eine neue Unterschriftenordnung, ein neues Firmenlogo und eine neue Arbeitsordnung. Als Warenzeichen

wurde wieder auf das frühere erprobte „Rafena“ zurückgegriffen. Aber auch Fragen wie die neue Produkthaftung und Regeln zum innerdeutschen Handel mussten umgesetzt werden. Eine Betriebsplanvorgabe für das zweite Halbjahr, eine Zielstellung zur Entflechtung des Großbetriebes auf einzeln bewertbare Produktionsbereiche, die Einbindung neuer Produkte in Verbindung mit neuen Partnern und Absatzmärkten und die Entflechtung des Betriebes, in Hinblick nicht zum Reproduktionsprozess benötigter Arbeitsbereiche, hatten langfristigeren Charakter.

In einer ersten Vorgabe für das zweite Halbjahr wurde der ursprüngliche Produktionsplan für diesen Zeitraum von ca. 300 Mio. M der DDR auf ca. 190 Mio. M der DDR reduziert, was nach Umbewertung ca. 55 Mio. DM entsprach. Dabei zeigte sich sofort die Notwendigkeit der weiteren Reduzierung der Arbeitskräfte um mindestens 550 Personen.

*Da ein Personalüberschuss in fast allen Industriebetrieben der ehemaligen DDR bestand, wurde von staatlicher Seite zur Überbrückung der Situation auf die Inanspruchnahme der Kurzarbeit orientiert. Die Möglichkeit existierte in der BRD bereits. Sie sollte Betriebe in Einzelfällen bei Auftragseinbrüchen kurzzeitige Überbrückungen ermöglichen. Der Arbeitnehmer erhielt vom Arbeitsamt 80 % des Nettoverdienstes, der Arbeitgeber zahlte die Nebenkostenanteile weiter.*

Der Betrieb nutzte die sich bietende neue Möglichkeit kurzfristig, nachdem mit der Gewerkschaft und dem Betriebsrat (beide bestanden zu diesem Zeitpunkt noch nebeneinander) eine spezielle betriebliche Vereinbarung ausgehandelt und am 25.07.1990 unterschrieben wurde. Als weiteres Zugeständnis der Mitbestimmung der Betriebsangehörigen wurde zu diesem Zeitpunkt eine Befragung der Beschäftigten zur Eignung der Leiter für ihre ausgeübte Tätigkeit durchgeführt. Das Ergebnis zeigte zu einem großen Teil den breiten noch bestehenden Frust gegen das bisherige System. Nur selten gab es klare Analysen zu Leitern, ebenfalls nur selten gut durchdachte Konzeptionsvorschläge zur Weiterarbeit im Betrieb (beispielgebend war die Wortmeldung des Bereiches Werkzeugbau). Im Ergebnis wurden nur wenige Leiter von ihrer Funktion entbunden. Einige Leiter der ersten Leitungsebene verließen in diesem Zeitraum den Betrieb freiwillig.

Nachdem ab 01.07. in der DDR das Mitbestimmungsgesetz der BRD übernommen wurde, begann noch im gleichen Monat die Vorbereitung einer neuen Betriebsratswahl. Nach 16 vorbereitenden Sitzungen erfolgte aber erst am 24.10. die Wahl. Im Ergebnis wurde ein Betriebsausschuss mit 7 Mitgliedern gebildet, davon zwei hauptamtlich. Darüber hinaus bildeten sich verschiedene weitere Ausschüsse (Wirtschaftsausschuss, Sozialausschuss, Informationsausschuss, Arbeitssicherheitsausschuss).

## **Zusammenarbeit mit DMC**

Innerhalb des Betriebes lagen auch in den verschiedenen Leitungsebenen zu diesem Zeitpunkt keine ausreichenden Kenntnisse über marktwirtschaftliche Betrachtungen und Herangehensweisen zur Effektivität der Fertigung einzelner Produktgruppen, einschließlich ihrer Absatzchancen am freien Markt, vor.

Um diese Lücke möglichst schnell zu schließen, suchte der Betrieb die Zusammenarbeit mit der DMC Management Consult GmbH, einer Tochter der Dresdner Bank Gruppe. Die Zusammenarbeit begann Ende August. Die DMC führte eingangs eine Schnellschulung über die Regularien der freien Marktwirtschaft, für alle an den sogenannten Geschäftsideen beteiligten Leitern, durch. Parallel wurden für die einzelnen in Radeberg vorgesehenen Produktzweige wirtschaftliche Erfolgsberechnungen unter Einbeziehung aller am Reproduktionsprozess beteiligten Kosten vorgenommen. Neben den hauptamtlichen Kräften der DMC wurden hier Hochschulprofessoren und Fachkräfte aus vergleichbaren Industriezweigen herangezogen. Für alle willigen Betriebsangehörigen eine immense Wissensvermittlung in kürzester Zeit. Es zeigte sich aber auch schnell, dass die geplanten Produktionsprofile von der Seite des Betriebes zu optimistisch angesetzt waren und zum Teil in der geplanten Form keine Aussicht auf



Erfolg am Markt hatten. Besonders eindeutig war die abgeleitete Forderung nach weiterer drastischer Reduzierung der Mitarbeiter. Für alle Geschäftsfelder wurden durch die DMC aussagekräftige Analysen und Empfehlungen vorgelegt.

Die Dokumente führten zu einer nochmaligen Überarbeitung der Sanierungskonzeption und haben den wenigen ausgegliederten und später privatisierten Geschäftsideen mit Sicherheit den Start in das eigene Unternehmertum erleichtert.



Heutige nochmalige Durchsichten der Berichte zeigen die ungeheure Entwicklung der letzten 20 Jahre. So wurden z. B. Einfachfaxgeräte mit einem Ladenpreis von 1295,- DM ausgewiesen. Der Zustand für einen Großbetrieb mit einem zentralen Faxgerät neben den noch vorhandenen Fernschreibgeräten war durchaus auch vergleichbar mit Betrieben in den alten Bundesländern. An Handys oder telefonvernetzten Computern an den einzelnen Arbeitsplätzen, war noch nicht zu denken.

## Die Sanierungskonzeption

Als Grundlage für eine Entscheidung zur Form des Weiterbestehens der GmbH ab 1991 war auf Forderung der Treuhandanstalt als Gesellschafter eine Sanierungskonzeption zu erarbeiten. Eine bestätigte DM Eröffnungsbilanz lag als eine der wesentlichen Grundlagen noch nicht vor. Sie wurde parallel zur Sanierungskonzeption erarbeitet und per 27.09. festgeschrieben. Ihre Prüfung durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft war erst ab November vorgesehen.

Die Sanierungskonzeption selbst wurde zum gleichen Termin fertiggestellt. Damit gehörte die Radeberger GmbH zu den ersten Großbetrieben, die eine solche Konzeption in der Treuhandanstalt einreichten. *Viele vergleichbare Betriebe verzögerten bewusst oder unbewusst die Fertigstellung ihrer Konzeptionen und zögerten durch Inanspruchnahme von Überbrückungskrediten das Ende ihres Betriebes hinaus. Sie kamen dadurch auch in den Genuss einer verträglicheren Firmenverwertung im später meist gewählten Verfahren der stillen Liquidation, gegenüber dem Vorreiter Robotron Telecom GmbH, mit dem frühzeitig eingeleiteten Gesamtvollstreckungsverfahren. Die Einschätzung des Gesamtvollstreckungsverfahrens als ungünstiger Lösungsweg erfolgte durch die Treuhandanstalt später offiziell.*

Die Sanierungskonzeption beinhaltete die Orientierung auf zwei Hauptproduktlinien mit Kommunikationstechnik und Fernsehgerätefertigung, ergänzt durch weitere im Umfang kleinere Fertigungszentren unterschiedlicher Produktgruppen (Telefax, Balkancar, Mechanische Teilefertigung, Hybridtechnik, Lokale Kommunikationstechnik, Vermittlungstechnik der DR, Fertigung von Stromversorgungsmodulen, Serviceleistungen für Armeeausrüstungen, Heizkraftwerk, Fertigungsmittelbau). Darüber hinaus sollten einige Betriebsabteilungen durch Pri-

vatisierung ausgegliedert werden (Kfz- Instandhaltung, Fuhrpark, Touristikunternehmen, Betriebsschutz, Betriebsküche) und einige Einrichtungen der Kommune zugeordnet werden (Betriebsberufsschule, Kinderbetreuungseinrichtungen).

Dieser produktionsseitigen Orientierung folgte eng damit verknüpft die Arbeitskräftefrage. Für das Jahr 1991 wurde auf einen Gesamtumsatz von ca. 340 Mio. DM orientiert (Aufgliederung auf alle Produktionsgruppen lag vor). Dem wurde ein Arbeitskräftebedarf von ca. 2200 Beschäftigten (ebenfalls aufgeteilt) zugeordnet. Das bedeutete gegenüber dem bereits zum 30.06. erreichten Abbau um ca. 500 Beschäftigte (vorrangig Rentner und Vorruheständler) auf 3350 Mitarbeiter einen weiteren Abbau von mindestens 1000 Mitarbeitern. Verschärft wurde die Situation noch dadurch, dass die für 1991 als realistisch angedachten Produktionswertsteigerungen im zweiten Halbjahr 1990 sich in der Tendenz nicht abzeichneten. Man ging für das zweite Halbjahr 1990 nach 22 Mio. DM Umsatz im III. Quartal von einem Gesamtumsatz von ca. 50 Mio. DM im 2. Halbjahr aus. Damit waren für das III. Quartal zusätzliche Arbeitskräfte frei. Durch Erhöhung der Kurzarbeit auf 40 % der noch beschäftigten Mitarbeiter, wurde eine Verbesserung der Liquidität der Firma angestrebt. Mit einem zusätzlichen Kredit über 10 Mio. DM der Treuhandanstalt, sollte die Gesamtliquidität erreicht werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Konzeption war der Antrag auf Entschuldung der Altkredite. Es wurde darauf hingewiesen, dass der Einfluss auf die Kreditnahmen bzw. Abwertungen durch die frühere Betriebsleitung kaum gegeben war. Außerdem war nicht zu erwarten, dass für geplante Gemeinschaftsunternehmen die Partner bei Übernahmeverpflichtung dieser Schulden ihre Absichtserklärungen aufrechterhalten.

Im Oktober wurden die Altkredite für den Rechtsnachfolger Robotron Telecom GmbH durch die Deutsche Kreditbank AG auf 230 Mio. Mark der DDR festgestellt. Dieser Betrag wurde in 113 Mio. DM umgewandelt. *Ein Verfahren das nicht nachzuvollziehen ist. Die Bilanzen der neu gebildeten GmbH Betriebe wurden nach strengen DM Richtlinien, z.B. für Umlaufmittelbestände und Ausrüstungen, erstellt. Das Wertverhältnis zwischen M der DDR und DM, immer höchstens mit 4 zu 1 genannt, wurde plötzlich mit 2 zu 1 festgesetzt. Diese Überlegung scheint wichtig, da die Altverbindlichkeiten bei der späteren Bewertung der Sanierungskonzeption eine wesentliche Rolle spielten.*

Die Sanierungskonzeption wurde durch eine Bewertung aller aufgenommenen Fertigungsbereiche durch Chancen/ Risikoeinschätzungen der bereits genannten Beraterfirma DMC abschließend ergänzt.

Die Sanierungskonzeption wurde am 27.09.1990 zusammen mit einem Liquiditätsplan für das IV. Quartal an die Treuhandanstalt eingereicht.

## **Delegation von Arbeitskräften zum Versandhandel Klingel/ Pforzheim**

Neben dem Weg der Erhaltung von Arbeitsplätzen durch Aufbau neuer Produktlinien wurden auch heute sicher abenteuerlich wirkende Wege beschritten.

Durch die Umsatzsteigerung der Versandhäuser während der Wende, gab es auch Bemühungen des Versandhandels Klingel in Pforzheim um zusätzliche Auslieferungslager in Sachsen. In diesem Zusammenhang erfolgte im zweiten Halbjahr 1990 eine Delegation von Arbeitnehmern (fast ausschließlich Arbeitnehmerinnen) nach Pforzheim. Die Arbeitnehmer blieben vorerst Betriebsangehörige in Radeberg und sollten über befristete Arbeitsverträge Engpässe in Pforzheim überbrücken und eine spätere Stammbelegschaft, für ein neu zu bildendes Zweiglager in Sachsen bilden. Parallele konkrete Vertragsverhandlungen wurden auch zum Standort Radeberg geführt, waren aber nicht erfolgreich.

In der ersten Etappe erhielten etwa 40 Arbeitnehmerinnen einen bis März 1991 befristeten Arbeitsvertrag mit einer einheitlichen Vergütung von 2100,- DM brutto. Die Arbeitsplätze befanden sich in Pforzheim, teilweise in der Verwaltung und teilweise im Versand. Die Unterbringung erfolgte auf Betriebskosten in den benachbarten Kur- bzw. Urlaubsorten Bad Wild-

bad und Schömberg, in Pensionen. Den Arbeitnehmern wurde eine kostenlose wöchentliche Heimfahrt mit dem Bus zugesichert (Abfahrt Pforzheim freitags 10 Uhr, Rückfahrt Radeberg sonntags 13.30 Uhr). Die Fahrzeiten betrugen entsprechend den damaligen Unzulänglichkeiten auf Straßen und Autobahnen jeweils 7 bis 12 Stunden.

Im März 1991 erfolgte eine Verlängerung der Arbeitsverträge bis Juli 1991. Da zwischenzeitlich ein Auslieferungslager in Radeberg nicht zustande gekommen war, darüber hinaus der Arbeitsort erhebliche Arbeitswegbelastungen mit sich brachte, erfolgte durch eine Reihe von Arbeitnehmerinnen keine weitere Verlängerung der Arbeitsverträge über den Juli 1991 hinaus.

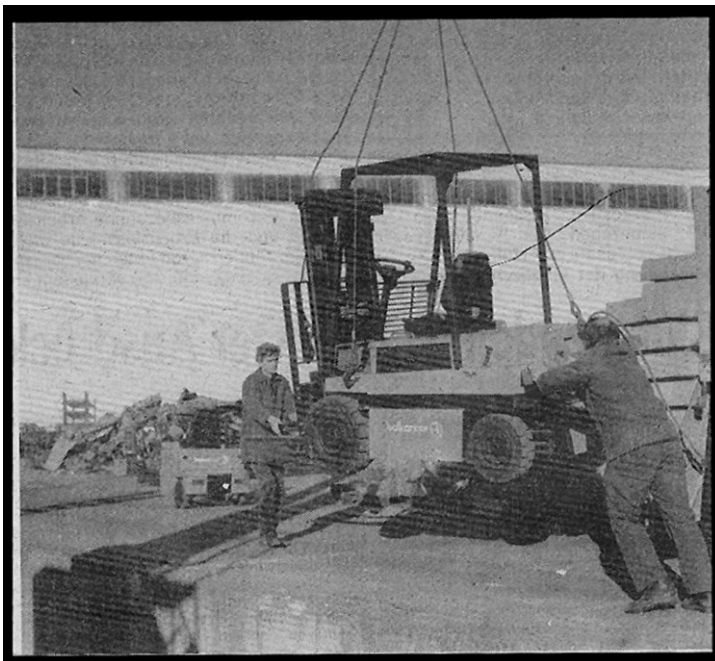
Damit wurde aus wirtschaftlichen Gründen für die verbliebenen Arbeitnehmer der Busverkehr eingestellt, was kurzfristig zur Auflösung von fast allen Arbeitsverhältnissen führte. Durch die zwischenzeitlich im Radeberger Betrieb eingeleitete Gesamtvollstreckung, verbunden mit der Kündigung aller Arbeitnehmer durch den Verwalter, waren die Arbeitnehmer nach ihrer Rückkehr nach Radeberg arbeitslos.

## **Produktionserweiterungen im IV. Quartal**

Von den zur Verbesserung des Anteils neuer absatzwirksamer Produkte in den einzelnen Geschäftsbereichen eingeleiteten Maßnahmen konnten, neben der kontinuierlichen Erweiterung in der Zusammenarbeit mit ANT/ Bosch, weitere Einzelfortschritte erzielt werden.

### **➤ Zusammenarbeit „Balkancar“**

Innerhalb der Geschäftsidee Balkancar, räumlich vorbereitet in der ehemaligen Abteilung Industrieinstandsetzung, konnte im Oktober die Anlieferung der ersten Flurfördermittel aus Bulgarien registriert werden. In Radeberg erfolgten die Endmontage und der Vertrieb.

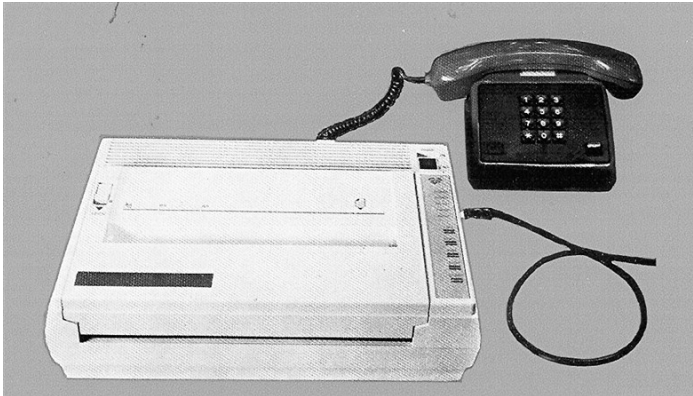


*Erste Gabelstaplerlieferung 23.10.1990*

Ergänzt wurde die Gerätelieferung durch eine erste Ersatzteillieferung, die der Versorgung von Betrieben mit bereits in Deutschland genutzten Flurfördermitteln dienen sollte.

### ➤ Produktion von Fax Geräten

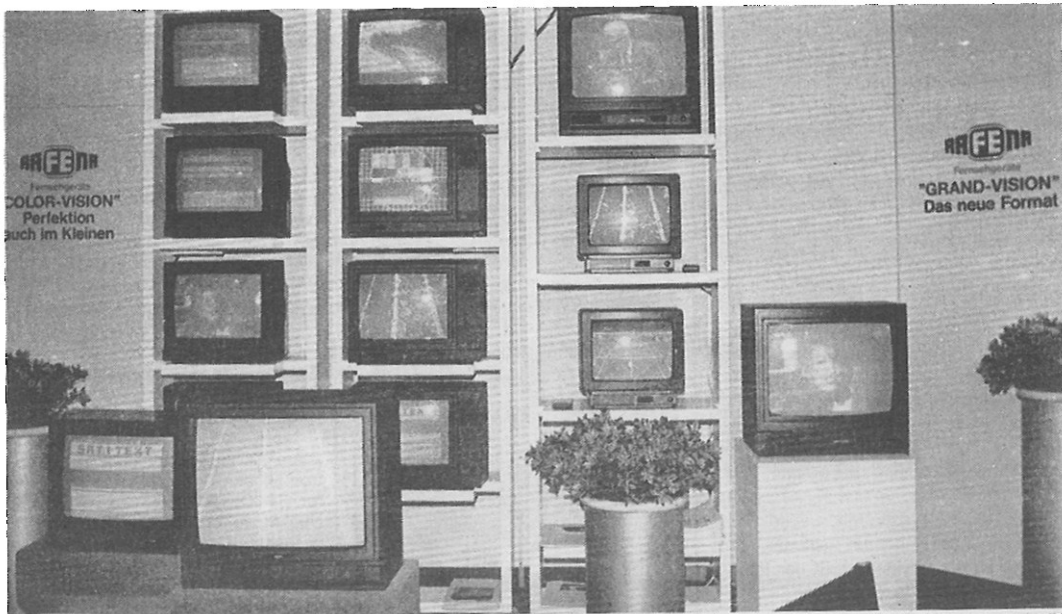
Nach Kontakten mit der japanischen Firma Nissei Elektr. Corp. in Hamamatsu über ihre europäische Vertriebsfirma MEAG in Luzern/ Schweiz, wurde die Montageproduktion eines Fax Gerätes (Klasse Personalfaxgerät) vorbereitet. Im Jahr 1990 sollten nach Anlieferung von 200 Komplettgeräten noch 2.000 Geräte unter der Produktbezeichnung robotron Fax 518 montiert werden.



Geplant war die Montage auf 10.000 Geräte 1991 zu erweitern und Einzelbaugruppen durch Eigenproduktionen zu ersetzen. Ergänzt werden sollte die Gesamtproduktion später durch ein scanner- Faxgerät mit Computeranschluss und ein drahtloses car-Faxgerät (zur Erleichterung von Grenzzollabfertigungen für LKW, durch unkomplizierte Dokumentennachforderungen).

Für die Faxproduktion wurde eine neue Fertigungslinie im E- Gebäude, unter Nutzung der durch die Stilllegung des Bereiches Spezialtechnik frei gewordenen Ausrüstungen, aufgebaut.

### ➤ Erweiterung Fernsehgeräteangebot



*Neues Fertigungsprofil Fernsehgeräte zur Herbstmesse 1990*

Für den weiterzuführenden Produktionsbereich Fernsehgerätefertigung wurden neue Produkte vorbereitet. Das betraf ein neues Gerät in der Linie der laufenden Entwicklung mit größerer 55 cm Bildschirmdiagonale. Dieses größere Format war vor allen Dingen auf der Frühjahrsmesse in Leipzig von den Kunden gefordert worden. Das vorhandene Gerätekonzept war aufgrund der ehemaligen staatlichen Forderungen für den Export mit technischen Spitzenparametern bauelementeseitig sehr aufwendig. Die Bauelemente waren hierfür nach der Wende kurzfristig nicht kostengünstig zu beziehen. Vom Gerätetyp wurden 1990 dennoch über 5.000 Geräte gefertigt. Um hier eine Übergangslösung mit kostengünstigeren Geräten zu erreichen war vorgesehen, das Fertigungsprogramm durch Montageproduktion von in England von der Firma Network entwickelten Einfachgeräten, zu ergänzen. Die vorgefertigten Baugruppen wurden für diese Entwicklung aus der Türkei bezogen. Der für 1990 geplante Produktionsanlauf verschob sich auf Anfang 1991. Alle Neuentwicklungen wurden auf der Herbstmesse in Leipzig erstmals vorgestellt.

## **Die Situation zum Jahresende**

Bereits in der Betriebskonferenz im August hatte die Betriebsleitung vorgetragen, dass der Betrieb zwar liquid sei aber unrentabel arbeite.

Eine Zahlungsbilanz vom 30.11.1990 für den 01.01.1991 zeigte die weitere Verschlechterung der Lage des Betriebes. Danach wurde bei ca. 60 Mio. DM Produktionsumsatz im zweiten Halbjahr und einen durch die THA ausgereichten Kredit von ca. 10 Mio. DM ein Kassenbestand von ca. 8 Mio. DM erwartet. Dieser positive Liquiditätswert musste aber einem negativen zu erwartenden Differenzwert von ca. 20 Mio. DM aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber gestellt werden. Dabei wurde die negative Bilanz durch die Festlegung eines 5 Mio. DM Bankakkreditivs für 1990, verursacht durch die vom türkischen Partner nicht termingerecht gelieferten Fernsehbaugruppen, zusätzlich belastet. Es war also abzusehen, dass ohne zusätzliche Mittel das Jahr 1991 nicht zu überstehen war. Nachdem die THA den Verkauf eines Betriebsteiles an Bosch, gegenüber einem Gemeinschaftsunternehmen den Vorzug erteilt hatte, sollte der Verkaufserlös die Liquiditätslücke für 1991 überbrücken.

Mit der Vermietung von freien Betriebsflächen zur Kostenentlastung und Arbeitsplatzsicherung konnten dagegen erste Erfolge erreicht werden. Neben den bereits bestehenden untypischen Vermietungen von Kleingärten und Wohnungen, sowie der Neuvermietung des Ärztehauses an jetzt niedergelassene Ärzte, betraf dies 15 Vermietungen mit industrietypischem Charakter, unter Einbeziehung von Betriebsangehörigen. Als wesentliche sollen Pyramid (Nutzung der Betriebsfertigung von Hybridelektronik), Color Technologie GmbH Dreieich (Elektronische Bauelementebeschaffung), Rosenberger Hochfrequenzmesstechnik (Fertigung von elektronischer Messtechnik des ehemaligen Entwicklungsbereiches Richtfunk), DATUS (Vernetzung von Rechnersystemen) genannt werden.

Die umfassend diskutierte Übergabe von Kinderbetreuungseinrichtungen, der Berufsschule und der Sportanlagen in die Obhut der Stadtverwaltung konnte trotz mehrerer Beratungen nicht realisiert werden. Hier wurde durch die Stadtverwaltung, nach der später durch die Gesamtvollstreckung für längere Zeit verhinderten Übergabe, der Betriebsleitung, mit unschöner Polemik, eine völlig unbegründete Verzögerungstaktik unterstellt. Protokolle belegen, dass die Stadtverwaltung auf eine Übernahme in der neuen Situation nicht vorbereitet war und keinerlei Möglichkeiten für die Sicherung der mit der Übergabe verbundenen laufenden Kostenposition hatte. So wurden z.B. bei den Kindereinrichtungen die Kosten für das Betreuungspersonal zwar vom Schulamt bzw. Sozialamt getragen, alle Kosten für Gebäudeunterhaltung und Medien wurden aber vom Betrieb getragen. Aus diesem Grund hatten die Vertreter der Stadtverwaltung um Verschiebung der Übergabe gebeten. Hier ist 1991 selbst der Verwalter, ab-

weichend von seinem sonst unerbittlichen Gläubigerschutzmaßstab, mit Medienlieferungen eingesprungen. Als Dankeschön gab es hierfür den Orden der „Goldenen Sonne“, überreicht durch die Kindergartenkinder, bei einem Besuch des Verwalters in ihrer Einrichtung Robert Blum Weg.

Die Kindereinrichtungen in der Talstraße und in der Schillerstraße wurden bis Ende 1990 geschlossen.

## **Die Gesamtvollstreckung (ab 1/ 1991)**

### **Die Einleitung der Gesamtvollstreckung**

Nach Einreichung der Sanierungskonzeption an die Treuhandanstalt fand am 14.12.1990 in Berlin die erste umfassende Beratung zu dieser Konzeption statt. Die hierbei vorgenommene Zuordnung zum Direktorat Abwicklung ließ keine guten Gedanken aufkommen.

Schwerpunkte der Beratung waren

- Hinweis auf die Überschuldung gegenüber der Kreditbank
- Hinweis auf Verstärkung der Beschleunigung zu Einzelprivatisierungen, bisherige GmbH Gründung der Firma darf nicht als Privatisierung verstanden werden
- Generelles Zustimmungserfordernis durch THA bei Grundstücksverkäufen
- Prüfung der Schaffung von Mitarbeitergesellschaften
- Geringe Chanceneinschätzung für das Fernsehgerätefertigungskonzept
- Erarbeitung eines neuen Finanzstatus durch eine von der THA beizustellenden Person
- Ergänzung der Sanierungskonzeption nach konkret angesprochenen Punkten

Die Festsetzung zur Weiterführung der Beratung am 09.01.1991 verbunden mit der Auflage an die Geschäftsführung zum Verbot von Vertragsabschlüssen bis zu diesem Zeitpunkt, ließ die Stimmung einer Gnadenfrist über die Weihnachtsfeiertage aufkommen.

Die zweite Beratung am 09.01.1990 bestätigte die Befürchtungen. Der neu erarbeitete und vorgelegte Finanzstatus zeigte mit ca. 90 Mio. DM Anlage- und Umlaufvermögen gegenüber ca. 83 Mio. DM Passiva in etwa einen Ausgleich. Zu den Passiva kamen aber noch ca. 115 Mio. DM Altverbindlichkeiten gegenüber der Investbank, die jedoch nie durch den Betrieb selbst bis zu diesem Zeitpunkt beeinflussbar waren. Deren Einbeziehung führte zu einer eindeutigen Überschuldung der Firma (sie bestand allerdings schon bei der Umwandlung der Firma zur GmbH). Der Vertreter der THA führte aus, dass die eingereichte Sanierungskonzeption nach Überprüfung durch Wirtschaftsberatungsunternehmen keine ausreichende Voraussetzung zur Entschuldung der Altlasten bietet. Nach kontroverser Diskussion wurde die Einleitung der Gesamtvollstreckung durch die THA als alleinigen Gesellschafter definitiv festgelegt. Als Zielstellung gegenüber dem vorgeschlagenen Verwalter wurde ein „Sanieren der Konkurs“ zur Erhaltung von möglichst vielen Arbeitsplätzen angemahnt. *Aussagen wie „im Vordergrund steht die Sicherung von Arbeitsplätzen für Arbeiter, denn Ingenieure und Angestellte finden ja ruck zuck wieder eine neue Beschäftigung“ zeigten die völlige Fehleinschätzung der Situation zur damaligen Zeit.* Für die Begleitung der Gesamtvollstreckung durch die THA wurde ein Abteilungsleiter als fester Ansprechpartner benannt.

Als Festlegungen wurden getroffen

- Umgehende Antragstellung zur Gesamtvollstreckung durch die Geschäftsführung
- Beibehaltung des Verwaltervorschlages durch die Treuhandanstalt
- Zügige Abwicklung des Teilverkaufes an die Firma ANT
- Die Fernsehgeräteproduktion sollte entsprechend Sanierungskonzeption vorläufig weitergeführt werden
- Der Betriebsrat wird mit der Erarbeitung eines Sozialplanes beauftragt

Der Antrag auf Gesamtvollstreckung wurde noch am gleichen Tag von der Geschäftsleitung beim Kreisgericht Dresden eingereicht und nach Beratung vor dem Kreisgericht Dresden am



14.01.1991 die Gesamtvollstreckung sofort, unter Aktenzeichen 34-ZH-32/ 91, verkündet. Gleichzeitig wurde der von der Treuhandanstalt vorgeschlagene Verwalter bestätigt und die erste Gläubigerversammlung für den 04.02.1991 in Radeberg festgesetzt.

## **Erste Aktivitäten nach Eröffnung der Gesamtvollstreckung**

Unmittelbar nach der Einleitung der Gesamtvollstreckung nahm der Verwalter unter täglicher Anwesenheit seine Tätigkeit im Betrieb auf. Zur Verbesserung der Aussichten auf Teilbetriebsverkäufe wurde vorerst eine Weiterproduktion im Betrieb festgelegt.

Da die betriebliche Leitungsstruktur noch nach Abschnitten des Reproduktionsprozesses gegliedert war, wurde zuerst eine neue Leitungsstruktur geschaffen und am 01.02. eingeführt.

Sie beinhaltete die Geschäftsbereiche

- Fernsehen, als größter Produktionsbereich
- Geschäftsideen (mit Telefax, Kfz Werkstatt, Fuhrpark, Heizkraftwerk, Werkzeugbau, Elektrische Teilefertigung, Mechanische Teilefertigung, Bauhof, Hotelbetrieb, Hybridfertigung, Lokale Kommunikationstechnik, Versorgung (Küche)
- ANR (Vorbereitung Verkauf an Bosch),
- Abwicklung und Querschnittsfragen.

Die Gesamtleitung oblag dem Verwalter, nach sofortiger Abberufung der drei Geschäftsführer. Die Betriebsleitung erfolgte über einen vom Verwalter geleiteten täglich einmal oder mehrmals tagenden Leitungsausschuss mit drei vom Verwalter berufenen Beratern als Unterstützung (für Fernsehen, Geschäftsideen und Abwicklung) und wechselnd hinzugezogenen weiteren Mitarbeitern.

Resultierend aus dem zwischenzeitlichen Beitritt der DDR zur BRD erfolgte ab 01.01.1991 auch die Überführung aller Beschäftigten in die neue Sozialversicherung AOK – Ost, mit einer nachfolgenden großen Werbeaktion der etablierten Kassen zum erneuten Übertritt. Weiterhin führte eine Arbeitsgruppe, begleitet von einem Schlichtungsgremium, erneut eine Neueinstufung der Entlohnungsgruppen, in Abstimmung mit der gebildeten IG Metall und in Anlehnung nach dem Bayrischen Manteltarif, durch. Ab 01.04. wurde dann die neue Entlohnungsform eingeführt.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Einordnung von ca. 1300 nicht unmittelbar benötigten Arbeitskräften in die 100 % Kurzarbeit und die Vorbereitung ihrer Kündigung. Vor Ausführung dieser partiellen Kündigungen ordnete der Verwalter eine Vorsorgekündigung aller Beschäftigten zum 30.06.1990 an.

Als hinderlich zeigte sich bei der neuen wirtschaftlichen Bewertung von einzelnen Geschäftsbereichen und bei der Vorbereitung von Teilverkäufen die geschlossene Medienversorgung des Gesamtgeländes. Das betraf die Wasserversorgung über eine interne Ringleitung mit enormen Verlusten durch Rohrschäden und fehlenden Ablesemöglichkeiten, sowie Versorgungsverpflichtungen von Einheiten außerhalb des Betriebsgeländes. Gleiches traf für die Versorgung von Elektroenergie (Eigenerzeugung im Betrieb) und Wärmeerzeugung (Heizung und technologisch genutzter Dampf) zu. Bei einer flächenmäßigen Aufteilung des Gesamtgeländes verliefen alle Leitungen unabhängig davon. Es konnten keine Zuordnungen auf einzelne Grundstücke vorgenommen werden. Damit ergaben sich enorme Probleme bei notwendigen Schadensbehebungen und Verantwortungszuordnungen, z. B. bei Abwasserverschmutzungen. Besonders kritisch war die nachrichtentechnische Versorgung. Eine zentrale Drehhubvermittlungsanlage mit 2.000 Anschlüssen gestattete keinerlei Abrechnungsmöglichkeit für Einzelnutzer. Am ehesten wurden diese Probleme im Rahmen der Generalsanierung der gesamten Medienversorgung für den im ersten Quartal abgetrennten neuen Betrieb ANT Radeberg, gelöst. Im verbliebenen Betriebsrestgelände wirkte es noch lange hemmend bei weiteren Teilverkäufen.

Zur weiteren Vorbereitung von Verkäufen wurde vom Verwalter wieder auf die erprobte Zusammenarbeit mit DMC zurückgegriffen. Sie erarbeiteten kurzfristig Verkaufsprospekte für die wichtigsten noch produktiven Betriebsbereiche und legten sie Mitte März vor. Parallel dazu wurden mehrmals Verkaufsanzeigen in den großen deutschen Tageszeitungen, teilweise unter Mitwirkung der THA platziert.

## **Der Verkauf eines Betriebsteiles an ANT/ Bosch**

Als erste Ausgliederung unter dem Verwalter erfolgte der Verkauf (Notarprotokoll 22.03.1991) einer Teilfläche an Bosch im Rahmen des neu gegründeten Betriebes ANT Nachrichtentechnik Radeberg GmbH. Mit dem Verkauf wurden ca. 600 Betriebsangehörige zur Sicherung eines kompletten Reproduktionsprozesses in die neue Firma übernommen. Die Übernahme einschließlich Material, Ausrüstungen die Produktionsprofile Richtfunk und dem Vermittlungsrechner ENSAD verlief gleitend, so dass es zu keiner Produktionsunterbrechung kam. Umfassendere Darstellungen sollen hierzu nicht erfolgen, da hier eine neue Betriebsgeschichte entstand.



*Vertragsunterzeichnung am 22.03.1991 in Backnang, von links- Dr. Dieter Jordan Geschäftsführer Robotron Telekom GmbH Radeberg, Rechtsanwalt Peter Prinz zu Hohenlohe-Oehringen Verwalter Gesamtvollstreckung, Ernst Folgmann Geschäftsführer ANT Radeberg*

## **Die Situation der betrieblichen Berufsschule**

Ein weiterer wichtiger zu klärender Komplex war die Fortführung der Berufsschule, sowohl unter den neuen Bedingungen der Wende, als auch unter den zusätzlichen Erschwernissen der Gesamtvollstreckung.

Bereits mit dem neuen Berufsschulgesetz vom 19.07.1990 war die theoretische Berufsausbildung in die Rechtsträgerschaft des Landkreises, einschließlich Zuordnung von Grund und Boden, Gebäuden und Ausrüstungen, übergegangen. Ab 01.09.1990 wurde so die neue Berufsschule für Wirtschaft und Technik gebildet. Die berufspraktische Ausbildung verblieb anfänglich bei der Robotron Telecom GmbH.

Mit einem Vertrag vom 24.04.1991 übernahm unmittelbar nach Eröffnung der Gesamtvollstreckung der Landkreis die Lehrlinge der Robotron Telecom GmbH und die vorhandenen Mitarbeiter für die berufspraktische Ausbildung vom Verwalter. Für den praktischen Teil der

Berufsausbildung trat das Kolping- Bildungswerk Sachsen e.V. in den Vertrag zusätzlich mit ein. Dem Landkreis wurde dafür befristet bis zum 28.04.1994 der berufspraktische Komplex, am Robert Blum Weg 5, zur kostenlosen Nutzung überlassen. Damit war der Fortbestand der Lehrlingsausbildung unter den Bedingungen der Gesamtvollstreckung gesichert.

Ein zwischenzeitlicher Zuordnungsbescheid der Präsidentin der Treuhandanstalt vom August 1993 für den berufspraktischen Teil an den Landkreis, wurde vom Verwalter rechtlich angefochten und daraufhin von der THA, aufgrund fehlender Rechtsgrundlage, zurückgenommen. Neben den vorhandenen ehemaligen Lehrlingen der Robotron Telecom GmbH orientierte sich das Kolping Bildungswerk Sachsen e. V, verantwortlich für die berufspraktische Ausbildung, frühzeitig auf lernschwache Schüler (vorrangig in der Lehrküche der Berufsschule) und Rehabilitanden. Sie sollten die Lücke der fehlenden Lehrlingsneueinstellungen schließen, außerdem wurden die Kosten für diesen Personenkreis vom Landkreis getragen. Unter dieser Neuorientierung, verbunden mit festen jährlichen Zusagen des Landkreises, plante das Kolping Bildungswerk Sachsen e.V. einen Neubau in Radeberg in eigener rechtlicher Verantwortung. Sein Engagement wurde kurzfristig mit der Namensgebung einer Anliegerstraße, in Adolph-Kolping- Straße, gewürdigt.

Die Berufsschule hatte 1992 zur besseren Auslastung einen Zusammenschluss mit der Berufsschule Ottendorf- Okrilla, zum Beruflichen Schulzentrum Radeberg, vorgenommen.



*Für die Berufsschule hatte die Wende durchweg positive Auswirkungen*

Anfang 1994 nannte das Kolping Bildungswerk (zum Zeitpunkt ca. 70 Mitarbeiter) in einem Zwischenbericht 140 auslaufende Lehrausbildungen für den ehemaligen Betrieb Robotron, 200 Azubis als Lernschwache und Rehabilitanden sowie Deutsch- Kurse für Spätaussiedler. Im September 1994 trat überraschend das Kolping- Bildungswerk Sachsen e. V. von seiner Absicht der Übernahme des Geländes und der Gebäude durch Kauf zurück und bereitete seinen Rückzug zum Kolping Stützpunkt in Dresden vor. Ursache war die damals bevorstehende Kreisreform mit der Auflösung der Landkreises Dresden Land und die Zuordnung von Radeberg zum Landkreis Kamenz. Unter diesen Voraussetzungen zog der Landkreis Dresden seine Zusage zur Ausbildungsunterstützung zurück, Kamenz sprach eine solche nicht aus.

Unter diesen Bedingungen übernahm der Landkreis in übergreifender Verhandlung bei der Umbildung der Landkreise, vom Verwalter den berufspraktischen Teil des Geländes einschließlich Gebäude und Lehrlingswohnheim im April 1996 durch Kaufvertrag.

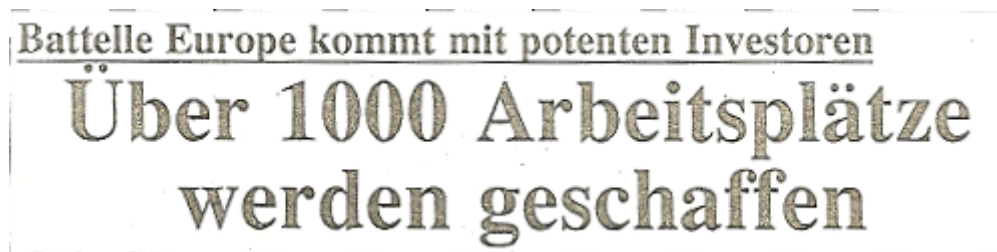
Mit der vollständigen Rekonstruktion des Gesamtkomplexes zwischen 1999 und 2002, einschließlich erheblicher Erweiterungen, erfolgte eine Neuorientierung analog früherer Ausrichtungen Metallverarbeitung, Elektronik, Informationstechnik, ergänzt um Kunststofftechnik und KFZ Technik. Die vorbildliche Rekonstruktion fand 2008, durch den Neubau einer Sporthalle, ihren Abschluss.

## Bemühungen in der Gesamtvollstreckung zur Betriebsverwertung

Neben dem Verkauf eines größeren Betriebsteiles an die Firma Bosch und der Vorbereitung einer Reihe kleinerer unbedeutender Verkäufe, richteten sich im weiteren Jahresverlauf die Bemühungen zur Betriebsverwertung in erster Linie auf zwei Schwerpunkte.

### Battelle Europa

Im März wurde durch die schon vorgestellte Beraterfirma DMC eine Absichtserklärung der Battelle Europa, mit Sitz in Frankfurt a. M., als Tochter eines amerikanischen Unternehmens übergeben. Battelle als Entwicklungsunternehmen arbeitete an der Entwicklung von LCD Produkten und wollte mit einem Investor die Entwicklungsergebnisse zur Produktion bringen. Es wurden 100 Mio. DM als Entwicklungsaufwand und 600 Mio. DM als Investitionsaufwand in Radeberg für die ersten beiden Jahre genannt. Als Fertigungsfläche war das gesamte nach dem Verkauf an Bosch verbliebene Betriebsgelände vorgesehen. Zur Überbrückung bis zum Fertigungsbeginn sollten die Betriebsangehörigen in eine Qualifizierungsgesellschaft übernommen werden und auf die spezielle Fertigung vorbereitet werden.



*Hoffnungen keimten immer wieder auf, DNN 19.11.1991*

Die umfangreichen Verhandlungen, unter Einbeziehung der THA, zur durch Battelle im Mai vorgelegten Konzeption unter Einbindung einer Qualifizierungsgesellschaft, verliefen schleppend. Die ständig parallel geforderten klaren Vertragsangebote von Battelle blieben mit Hinweis auf vorläufig noch notwendige Geheimhaltungen aus. Im vierten Quartal kam dann die Nachricht, dass Battelle seine Aktivitäten in Deutschland weitgehend einstellt und der für die Radeberger Koordinierung zuständige Geschäftsführer durch die Staatsanwaltschaft angeklagt war. Ausschlaggebend war ein weiteres Projekt im Sektor Umweltschutz, wo es zu erheblichen persönlichen strafbaren Handlungen gekommen war.

### Self Caddy KG

Durch Vermittlung des ehemaligen Generaldirektors des Kombines Robotron, trat ein weiterer Großinvestor in Radeberg auf, die Firma Self Caddy KG. Der Irakische Investor war bereits im Großraum Dresden durch umfassende Fabrikkäufe aufgefallen und als Präsident eines Dresdner Sportvereines in „positive Schlagzeilen“ gekommen. Die Geschäftsidee „Geräteproduktionen mit Kopplung Fernsehgerät/ Videorecorder in einem Gerät als Neuheit“, führte jedoch, im Gegensatz zu Battelle, zu unterschiedlichen Lagern im Betrieb, wobei die Skepsis überwog. Der Investor verstand es mit geschickten Argumentationen große Teile der Belegschaft, auch durch eine emotionale Rede zur Belegschaftsversammlung, für sich zu gewinnen. Einige Leiter gaben bereits die Farbwünsche für ihren späteren Dienstwagen bei ihm an. Im Juni wurde mit dem Investor ein Vorvertrag abgeschlossen, der auch eine Klausel für eine Option Battelle enthielt. Der Investor tauchte plötzlich unter und wurde mit großem Medieninteresse steckbrieflich europaweit gesucht. In Dresden hatte er bereits Fabriken mit bestätigten



notariellen Kaufverträgen erworben, ohne dass ein Kaufpreis geflossen war. Es wurde bekannt, dass er mehrfach außerhalb Deutschlands bereits Haftstrafen verbüßen musste. Der Radeberger Betrieb blieb, auch durch die umsichtige Erkundungstätigkeit des Verwalters, von Verlusten verschont.



*Einer der untergetauchten „Betriebsretter“*

## Die Situation Ende 1991

Die Situation Ende 1991 war gekennzeichnet durch eine ungenügende Veräußerung von Betriebsflächen.

Wie schon vorgestellt, waren im ersten Halbjahr die geplanten Verkäufe im Wesentlichen auf die Firma Bosch beschränkt. Zum Jahresende 1991 waren eine Reihe weitere kleine Verkäufe hinzugekommen, die jedoch in keinem bedeutsamen Verhältnis zu der verbliebenen Betriebsfläche mit fast allen wesentlichen Produktionsgebäuden standen. Im Einzelnen waren verkauft worden

1. Das Gelände der ehemaligen Industriestandsetzung an die Firma Balkancar GmbH Deutschland (7/ 91)
2. Das Gelände des ehemaligen Fuhrparks an eine Bäckerei (8/ 91)
3. Das Gelände der ehemaligen Kraftfahrzeuginstandsetzung an eine private Kraftfahrzeuginstandsetzung (9/ 91)
4. Das ursprüngliche Gästehaus an einen Aalener Hotelbesitzer (10/ 91)
5. Das Gelände „Orion“, außerhalb des Betriebsgeländes, an eine Baufirma (7/ 91)
6. Das Kinderferienlager Niesky an den Landkreis Niesky (5/91)
7. Das Ferienheim Bärenburg an einen privaten Käufer (12/ 91)

Die damit verbundene Arbeitsplatzsicherung war minimal. Etwas günstiger sah die Arbeitsplatzsicherung auf der Basis abgeschlossener bzw. aus der Zeit vor der Gesamtvollstreckung bereits vorhandener Mietverträge aus. Hier waren in erster Linie die Firmenneugründungen (alle unter Beteiligung von Betriebsangehörigen) Seidel und Naumann, Radeberger Hybridelektronik, Ralotrans, Morris Verlag, irw- Industriestandsetzung hinzugekommen.

Da zum Jahresende für die noch produzierenden „Geschäftsideen“ bzw. Profitcenter keine Käufer gefunden waren, ließ der Verwalter die gesamte Produktion unter seiner Leitung einstellen.

Eine Abschlussbetrachtung für die Gesamtproduktion 1991 ergab, dass unter den stark eingeschränkten Bedingungen ein Volumen von 10 Mio. DM bei kostenneutralem Aufwand erreicht und abgesetzt wurde. Ausgeklammert bei dieser Betrachtung blieben allerdings Materi-

albestände, die zu Beginn der Gesamtvollstreckung bereits vorhanden waren und im Fall einer sofortigen Produktionseinstellung hätten verschrottet werden müssen. Die Effektivität der einzelnen Produktionsbereiche war dabei sehr unterschiedlich.

Die Mitarbeiter der Geschäftsideen Werkzeugbau und EKFZ (Hybrid) schafften den Übergang in eine eigene GmbH bei vorläufiger Nutzung von betrieblichen Gebäudeflächen auf Mietbasis. Das Heizkraftwerk wurde zur Sicherung der Geländeversorgung als einzige Geschäftsidee bis zum Verkauf im Juli 1992 durch den Verwalter weiterbetrieben.

*Speziell das Beispiel Werkzeugbau zeigt die für die Geschäftsideen vorhandenen Erschwer-nisse. Die Fertigungsstandorte waren aufgrund ihrer historischen Gegebenheiten zum großen Teil im Betriebsgelände verteilt untergebracht (Möglichkeiten der Werkzeugabmusterungen in großer Entfernung von der Herstellung, Rohmateriallagerung weit entfernt von der Ferti-gung, Maschinenaufstellungen für neues Nutzungskonzept überdimensioniert vor Ort und lü-ckenhaft durch bisherige Kooperationen innerhalb des Betriebes). Eine in diesem Sinne ein-fache Sanierung durch Maschinenbereinigung und Konzentration als Überlebensvorausset-zung konnte unter der Gesamtvollstreckung nicht erfolgen. Als einzige Lösung verließ der Werkzeugbau das Betriebsgelände und Radeberg. Soweit die Erfolge des sanierenden Kon-kurses.*

*Ein begonnener Versuch für eine Optimierung der verschiedenen Schlossereien durch Zu-sammenlegung wurde vom Verwalter sofort unterbunden. Eine weitere Behinderung ergab sich durch die Staatliche Investitionsförderung der Wendezeit. Gefördert wurden durch den Staat nur Neubauprojekte, Investitionen in Mietobjekte in Altsubstanzen wurden nicht geför-dert. Diese Umstände führten auch zum Umzug weiterer neu gegründeter GmbH in Objekte außerhalb des Betriebsgeländes mit besseren Voraussetzungen.*

*Ähnlich lag der Fall bei der Galvanik. Der neue hochmoderne Zinkautomat war ursprünglich in ein eng begrenztes Gebäude gebaut worden. Chemikalien, Rohprodukte und Fertigproduk-te hatte man an zentralen Stellen des Betriebes gelagert. Durch geringe Um- und Anbauten, unter Einbeziehung eines Nebengebäudes, hätte ein überlebensfähiger Kleinbetrieb entstehen können. So aber wurde die Anlage abgebaut, verkauft und an anderer Stelle aufgebaut und genutzt.*

*Mit diesen Beispielen ist ersichtlich, wie durch eine Vielzahl von Fehlentscheidungen das Be-triebsgelände entvölkert und der Bildung eines Gewerbeparks für den neuen Mittelstand, mit sich ergänzenden Fertigungssparten, entgegengewirkt wurde.*

## **Das Kaufangebot für einen leeren Betrieb, die Versteigerung durch Troostwijk**



Als einzige Verwertungslösung der verbliebenen Betriebsfläche lag Ende 1991 noch ein Kaufanbot mit den Randbedingungen „leere Gebäude, keine Arbeitskräfteübernahme“ vor.

Zur Vorbereitung dieses Verkaufes beauftragte der Verwalter die Firma Troostwijk mit der Verwertung der noch vorhandenen Betriebsausrüstungen.

Die Auktionsfirma begann umgehend mit der Erfassung aller Ausrüstungen, weitgehend als Einzelpositionen, teilweise als Pos-ten zusammengefasst, mit fortlaufend nummerierten Anhängern versehen und in einem Katalog beschrieben und preislich bewert-et.

Die Bewertung umfasste 75 DIN A4 Seiten und reichte von Posi-tion 1- „Gotha“ Säulenbohrmaschine Typ BS 16 BI, bis Position 3.245- 3 PKW „Wartburg 353“.

*Auktionsanhänger Nr. 884*

*„Massi“ Parallelendmasssatz- 1- 90 mm*



**VERSTEIGERUNG 2 TAGE**  
im Namen und für Rechnung des Auftraggebers,  
des Verwalters im Gesamtvollstreckungsverfahren,  
Herrn Rechtsanwalt Peter Prinz zu Hohenlohe-Öhringen,  
versteigere ich, Arnold Troostwijk, Auktionator und Taxator,  
Guillemstr. 17, 6000 Frankfurt 1,  
die kompletten maschinellen Anlagen und sonstigen  
Einrichtungen des Unternehmens

**AUCTION SALE 2 DAYS**  
due to bankruptcy

**VENTE AUX ENCHERES 2 JOURS**  
pour cause de faillite de

**ROBOTRON TELECOM GMBH**  
Heidestr. 70 - D-8142 Radeberg bei Dresden (Germany)

**MITTWOCH-DONNERSTAG /  
WEDNESDAY-THURSDAY /  
MERCREDI-JEUDI**  
**1-2 APRIL / AVRIL 1992**  
ab/from/à partir de 10.00 Uhr/a.m./H

durch/by/par

**TROOSTWIJK**  
TROOSTWIJK INDUSTRIE AUKTIONEN  
AUCTIONATIERS UND TAXATOREN

**DEUTSCHLAND:** Büro Frankfurt/Main: Gullemstrasse 17 - 6000 Frankfurt/Main-1 - Tel. 49-(0)69-72.00.27 - Telex 49-0509-72.40.664  
Büro Dresden: Tel. Amt Dresden 346.24.69

**FRANCE:** 3, Rue Colonne - 92000 Levallois-Perret (Paris) - Tel. 33 (1) 47.31.83.31 - Télécopie 33 (1) 47.31.83.10

**ESPAÑA:** Group Tarradellas 123 127, 8 - 08029 Barcelona - Tel. 34 (93) 429.99.66 - Fax 34 (93) 439.99.67

**ITALIA:** General Pirelli 22 - 20121 Milano - Tel. 39 (02) 58.36.36 - Fax 39 (02) 58.36.36

**PORTUGAL:** Rua S. Carlos Pereira Gomes - Edifício Avenida 865, 33 - 1600-18001 - Tel. 351 (01) 793.74.79 - Fax 351 (01) 793.75.93

**NEDELANDS:** De Boelewa 1505 - 1005 AB Amsterdam - Tel. 31 (0)20-642.32.01 - Fax 31 (0)20-642.74.10

**BEIGIE:** Antwerp Tower - de Keyserlei 5, bus 6 - 2018 Antwerpen - Tel. 32 (0)3-234.39.39 - Telefax 32 (0)3-233.64.12

**UNITED KINGDOM:** 2 Eldon House - 77-85 Fulham Palace Road - W6 6JA London - Tel. 44 (0)81-741.08.08 - Fax 44 (0)81-741.12.09

Die Bewertungen, zur Vorbereitung einer Auktion, blieben im Betrieb nicht unbemerkt, da ja Ende 1991 in einigen Bereichen noch gearbeitet wurde.

Noch im November 1991 kam es zu einer großen Demonstration außerhalb des Betriebes gegen diesen „Ausverkauf“. Der Betriebsrat wandte sich an die Treuhandanstalt mit dem Hinweis auf das ursprüngliche Ziel des „Sanierenden Konkurses“.

Die Treuhandanstalt versuchte daraufhin einen Verkauf des Betriebsgeländes ohne jegliche Arbeitskräftebindung zu stoppen. Dazu wurde unter Nutzung des § 25. 5 des DM Bilanzgesetzes dem Verwalter in der Gesamtvollstreckung die Verfügung über Grund und Boden, sowie Gebäude entzogen. Für die Arbeitnehmer ein Zwischenerfolg. Für die Aussetzung des Verkaufes der Produktionsausrüstungen gab es als Sofortlösung keinen Ansatz. Die Vorbereitung der Versteigerung wurde daher weitergeführt, der Auktionstermin für den 01. und 02. April 1992 festgesetzt.

### *Prospekt für Verkaufsauktion*

Die Protestaktionen der Arbeitnehmer und die Bemühungen des Betriebsrates gegenüber der Treuhandanstalt wurden fortgeführt.

Zwischen Verwalter und Treuhandanstalt kam es kurzzeitig zu einer heftigen Auseinandersetzung. Der Verwalter erklärte gegenüber der Treuhandanstalt die sofortige Aufgabe seiner Verantwortung für die entzogenen Betriebsflächen und Gebäude. Das Betriebsgelände war damit faktisch ohne Betreuung und Kontrolle. Die Treuhandanstalt sah sich daher veranlasst, ab Anfang Januar 1992 einen eigenen Verwalter, unterstützt durch eine Gruppe ehemaliger Betriebsangehöriger, einzusetzen. Die Geländebetreuung einschließlich Medienversorgung der im Betriebsgelände mittlerweile ansässigen umfangreichen Mieter, übernahmen nach kurzer Zeit, auf der Basis klarer vertraglicher Absprachen, diese zwei „Betreuerunternehmen“. Die Doppelspurigkeit wurde bis zum Verkauf des Restgeländes im September 1993 beibehalten.

Zusätzlich zur Einigung über die Geländebetreuung kam es noch zwischen Verwalter und Treuhandanstalt zu einer Einigung für den Verbleib der Produktionseinrichtungen. Die Treuhandanstalt kaufte dem Verwalter die Ausrüstungen, unter Zugrundelegung des Schätzpreises der Firma Troostwijk, ab. Die angesetzte Versteigerung wurde kurzfristig abgesagt.

Beide, doch sehr spektakulären Aktionen, zur Erhaltung einer arbeitnehmerfreundlichen weiteren Betriebsverwertung, führten aber zu keinem Erfolg.

Im Ergebnis wurden langwierige Gerichtsverhandlungen zur Festlegungen einer Entschädigungssumme für den Verwalter, für nach DM Bilanzgesetz von der Treuhandanstalt rückgeforderten Grund und Boden einschließlich Gebäude, geführt.

## Die Arbeitnehmer in der Gesamtvollstreckung, der Sozialplan, teilweiser Übergang in die ABS

Wie bereits ausgeführt, waren nach sehr schleppend verlaufender Privatisierung zum 30.06.1991 noch 2.062 Arbeitnehmer im Betrieb (971 anteilig produktiv in „Geschäftsideen“, 152 in der neu gebildeten Abteilung Abwicklung, 939 in 100 % Kurzarbeit), die vom Verwalter vorsorglich zu diesem Zeitpunkt alle gekündigt worden waren.

Die prinzipielle Kündigung aller Arbeitnehmer (ausgenommen Arbeitnehmer für den vorgesehenen Übergang zu Bosch, für Betriebsabwicklung und Medienversorgung) war vom Verwalter in einer ersten großen Betriebsversammlung am 12.03.1991 bereits angekündigt. Bei dieser Gelegenheit hatte er auch erstmals unter Hinweis auf die rechtlichen Grundlagen der „Gesamtvollstreckung“ darauf hingewiesen, dass es unter der Gesamtvollstreckung keinen „sanierenden Konkurs“ (wie von der Treuhand bei der Anordnung verkündet) geben kann. Zielstellung sei der Verkauf von Betriebsteilen bis zum 30.06.1991 bzw. die Stillegung der bis dahin nicht verkauften Teile. Die Kündigung der Mitarbeiter erfolgte dann auch Ende April zum 30.06.1991.

*Zu dem über den Prognosen liegenden hohen Arbeitslosenstand wurde mit dem am 30.06.1991 auslaufenden Kündigungsschutz ein weiterer starker Anstieg der Arbeitslosenzahlen in allen neuen Bundesländern erwartet. Neben den passiven Maßnahmen zur Minderung der Auswirkungen der Arbeitslosigkeit durch Verlängerung der Kurzarbeiterreglung, bei gleichzeitiger Befreiung der Arbeitgeber vom Sozialabgabenanteil und der Festlegung umfassender Abfindungen, wurde zwischen den Arbeitgeberverbänden, der Gewerkschaft, der THA und den Ländern (außer Thüringen) eine Rahmenvereinbarung zur Schaffung von Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung (ABS) abgeschlossen. In diesen Gesellschaften sollten gekündigte Arbeitnehmer befristet weiterbeschäftigt werden. Die Arbeit sollte in ABM Projekte erfolgen, bzw. die Arbeitnehmer durch Qualifizierung auf Anforderungen neuer Käufer vorbereitet werden. Die Umsetzung der angedachten Projekte verlief jedoch sehr schleppend. Für den Radeberger Betrieb kam wieder erschwerend dazu, dass die THA in ihren Kostenbeteiligungsrichtlinien erneut nur die „stille Liquidation“ und nicht die Gesamtvollstreckung berücksichtigt hatte.*

Aufgrund des oben genannten Lösungsansatzes zur Vermeidung von Kündigungen, der bestehenden Verlängerung der Kurzarbeitsmöglichkeit und des nicht erfolgten Verkaufes von immer noch, teilweise sogar gewinnbringend, arbeitenden Betriebsteilbereichen, bot der Verwalter zum 30.06.1991 den Arbeitern eine Aufhebung der Kündigungen und eine Verlängerung des Arbeitsverhältnisses bis 31.08.1991 an. Die Verlängerung enthielt als Bedingung - gleiche Vergütung wie bisher, Kurzarbeit nach Notwendigkeit, Vergütung bei Kurzarbeit wie vom Arbeitsamt bezahlt -.

*Ende August 1991 hatte man sich zwar allgemein in den beteiligten Gremien über die vertretbaren Aufgaben einer ABS mit*

- *Unterstützung der Erhaltung von Arbeitsplätzen bei Sanierung und Privatisierung*
- *Zeitweilige Beschäftigung gekündigter Arbeitnehmer über ABM (Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen)*
- *Qualifizierung und Umschulung gekündigter Arbeitnehmer*
- *Zeitlich begrenzte Betreuung von 100 % - Kurzarbeitern*

*geeinigt, gleichzeitig traten vermehrt Stimmen auf, die die Wirksamkeit der vorgesehen Maßnahmen generell anzweifelten. Andere Meinungen sahen die Maßnahmen sechs Monate zu spät und damit kurzfristig nicht ohne inhaltliche Abstriche umsetzbar. Die Arbeitsämter waren in die vorgesehenen Maßnahmen überhaupt noch nicht einbezogen.*

In dieser Situation schloss der Verwalter mit den Arbeitnehmern des Betriebes Nachträge zu den bestehenden Verlängerungsverträgen, mit gleichem Inhalt wie bisher, befristet bis 31.10.1991 ab.

In diesem Zeitraum wurde dann auch am 03.09.1991 endlich der Interessensausgleich zwischen dem Verwalter und dem Betriebsrat zum Sozialplan abgeschlossen. Für den Abfindungsanspruch wurden 3.108 Arbeitnehmer bestätigt. Der Sozialplan ging von einer lohnunabhängigen Festsetzung der Abfindung aus. Es wurden Sockelbeträge für Betriebszugehörigkeiten von kleiner und größer als fünf Jahren mit 1.000,- bzw. 1500,- DM gebildet. Hierzu kamen Erhöhungsbeträge für Betriebszugehörigkeit mit einem Punkt pro Jahr für das Lebensalter zwischen dem 25. und max. 55. Jahr (Grenze durch Möglichkeit der Inanspruchnahme des Vorruhestandes) und pro Lebensjahr mit 0,3 Punkten. Der Geldwert für die Zusatzpunkte wurde aus der Betriebsgesamtsumme mit 155,- DM je Punkt ermittelt. Die Finanzierung war zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht gesichert.

Da Ende Oktober 1991 immer noch keine umsetzbaren Realisierungsmöglichkeiten für die Bildung einer ABS vorlagen, wurden die bestehenden Nachträge zum Arbeitsvertrag durch eine Ergänzung, befristet bis 31.12.1991, erneut verlängert.

In dieser Zeit wurde dann unter Einschaltung des Wirtschaftsministeriums Sachsen, der THA und des Arbeitsamtes, nach Druck der IG Metall und verstärkter Arbeitnehmerdemonstrationen, geradezu hektisch an einer Lösung gearbeitet. Die Arbeitnehmer des Radeberger Betriebes demonstrierten unter teilweisen Straßenblockaden am 28.11.1991 innerhalb der Stadt.

Im Ergebnis der Verhandlungen wurde ein Dachverband innerhalb des Aufbauwerkes im Freistaat Sachsen vorbereitet und unter diesem verschiedene Regionale Trägergesellschaften. Die entlassenen Arbeitnehmer des Radeberger Betriebes sollten der ABS- Sondervermögen – Elektroindustrie, TGR Dresden zugeordnet werden. Zwischenzeitlich war allgemein abgestimmt worden, dass zur Teilfinanzierung der ABS die Arbeitnehmer ihre Abfindungen als Sondervermögen, treuhändlerisch verwaltet, einbringen und die Zinsen für den Zeitraum der Anstellung für die Teilfinanzierung der ABS genutzt werden. Aus diesem Grunde die neue Gesamtbezeichnung.



*Die letzten größeren Betriebsprotestaktionen am 28.11.1991 und am 11.03.1992*

Für die vorbereitete ABS Gründung wurde vom Radeberger Betrieb am 28.10.1991 eine zu übernehmende Arbeitskräftezahl von 1.846, mit der Kopplung an eine eigenständige Niederlassung in Radeberg, angemeldet

*Parallel erschien am 18.10.1991 ein neuer ABM Erlass. Ursache war, dass Ende August bereits die Jahreszielgröße von 280.000 ABM Beschäftigungen erreicht worden war. Dies hatte zwar zur Minderung der Arbeitslosenzahlen geführt, eine weitere unkontrollierte Ausdehnung war kostenseitig nicht geplant und als Wirtschaftskonkurrent abgelehnt. Für Ende 1991 wurde mit einer ABM Gesamtzahl von 400.000 gerechnet. Der neue Beschluss kanalisierte Neuanträge völlig neu in Fragen der Zugangsregelungen, der Tätigkeitseingrenzungen, der finanziellen Bezuschussung, der Verdienstbeschränkungen und der Kopplung der Arbeit mit Quali-*

*fizierung. Weiterhin wurden für das Jahr 1992 Neubewilligungsquoten vorgegeben, die z. B. für den Arbeitsamtsbezirk Dresden bei 784 Neubewilligungen im Monat lagen. Dieser Erlass beeinflusste die Vorbereitung der zu schaffenden ABS zusätzlich.*

Unmittelbar vor dem Jahresende wurden dann den Arbeitnehmern mit auslaufenden Arbeitsverträgen Überleitungsverträge, als Dreiecksverträge zwischen der Robotron Telecom GmbH i. G., der neu gebildeten ABS- Sondervermögen Elektronik gemeinnützigen GmbH und den einzelnen Arbeitnehmern, angeboten.

Der Überleitungsvertrag beinhaltete die betriebsbedingte Aufhebung des bisherigen Vertrages zum 31.12.1991 und das neue Beschäftigungsverhältnis bis 30.06.1992 mit der ABS Elektronik. Die ABS übernimmt die Abfindung des Arbeitnehmers als Teil des Sondervermögens treuhändlerisch (Rechtsanwalt Jörg Stein führt Anderkonto, Hasso Düvel- IG Metall für Überwachung), Arbeitnehmer verzichtet auf Zinsen aus der Abfindung, ABS verpflichtet sich zur Nutzung der Kurzarbeit, vorrangig aber zur Schaffung von Möglichkeiten zur Fortbildung, Umschulung und Arbeitsbeschaffung. Das Arbeitsverhältnis war durch den Arbeitnehmer jederzeit kündbar, die Abfindung verblieb dann allerdings bis 30.06.1992 in der ABS.

Unter diesen Bedingungen wechselten zum 31.12.1991 etwa 1400 Arbeitnehmer in die ABS. Die notwendigen Einordnungen der Radeberger Niederlassung der ABS, verbunden mit dem Abschluss von Kooperationsverträgen zwischen ABS, Verwalter und THA zur Raumbereitstellung, Weiterführung von produzierenden Geschäftsideen und Finanzierungsfragen, war zu diesem Zeitpunkt nur äußerst mangelhaft vorbereitet. Die Lösung dieser Fragen erfolgte mit weiterhin langwierigen Verhandlungen erst im Laufe des ersten Quartals 1992. Erschwerend kam hinzu, dass zu diesem Zeitpunkt mit Batelle Europa der letzte interessierte Investor für eine Übernahme von größeren Betriebsteilen abgesagt hatte. Damit fehlte jegliche Orientierung für die neu gegründete ABS.

Über Form und Umfang der Tätigkeit der ABS im Betrieb wird im Zusammenhang mit der Aufteilung des Gesamtbetriebes unter der Gesamtvollstreckung berichtet.

Im Zusammenhang mit der nach der Absage von Batelle durch den Verwalter eingeleiteten Versteigerung aller verbliebenen Ausrüstungen (siehe getrennte Darstellung) erfolgte am 11.03.1992 die letzte große Demonstration der ehemaligen Arbeitnehmer des Betriebes auf dem Radeberger Marktplatz.

Nach dem 30.06.1992 war nochmals eine prinzipielle Verlängerung der Arbeitsverträge bis zum 30.08.1992, aufgrund eines befristeten Kostenzuschusses durch den Freistaat Sachsen, möglich. Nach diesem Zeitraum erfolgte durch Wegfall der bisherigen Kurzarbeitsreglung eine starke Reduzierung der Arbeitnehmer. Es verblieben wenige produzierende Bereiche, ABM Maßnahmen und einzelne Qualifizierungen.

Bis zu diesem Zeitpunkt war, mit unterschiedlichen Einschränkungen, für alle Arbeitnehmer eine weitgehend vertretbare materielle Absicherung gegeben. Erst danach zeigten sich für eine Vielzahl der ehemaligen Beschäftigten die mit der wirklichen Arbeitslosigkeit verbundenen Probleme des sozialen Abstieges nach der Schließung ihres ehemaligen Betriebes.

## **Das endgültige Ende des Betriebes 1993**

Mit dem Verkauf des umfangreichen verbliebenen Restgeländes (ca. 15 ha Grundfläche und ca. 60 Gebäude) an einen Schweizer Privatinvestor durch die Treuhandanstalt und den Verwalter (Notwendigkeit eines Dreieckvertrages durch die oben beschriebenen Besonderheiten zu Grund und Boden, sowie Produktionsausrüstungen) im September 1993 und der damit verbundenen Gründung der Entwicklungsgesellschaft Gewerbepark Heidestraße mbH, kam es zum endgültigen Ende des ehemaligen Betriebes. Außer der Betriebsdeponie hatte die gesamte Grundstücksfläche des ehemaligen Betriebes neue Besitzer. Die Konzeption des Investors (in der ersten Fassung vom Betriebsrat abgelehnt), zeigte auch nach Überarbeitung keinen Ansatz zur konkreten Verwertung der großen Grundstücks- und Gebäudeflächen. Die im

Kaufvertrag festgelegten Investitions- und Arbeitsplatzgarantien waren nicht nur durch den Investor selbst zu erfüllen, sondern konnten auch durch Grundstücksmieter realisiert werden. Trotz dieser unbefriedigenden Fakten war der Betriebsrat zu diesem Zeitpunkt der Meinung, dass die Lösung besser war, als ein weiterer Verbleib der toten Industrieflächen unter erfolglosen Bemühungen der Treuhandanstalt und des Konkursverwalters. Der Investor hatte innerhalb des Kaufvertrags die von der Treuhandanstalt zurückgenommenen Industrieausrüstungen mit übernommen. Gleiches galt für die bestehenden Mietverträge in unterschiedlichster Form, sowie die vorläufige Genehmigungen zur Weiternutzung von Räumen und Ausrüstungen durch die ABS. Die Nutzung der ABS –Tischlerei, Galvanik, Elektrische Baugruppenentwicklung, Elektronikschrottentsorgung und Mechanische Teilefertigung führten nur im Falle der letzten aufgeführten Position zu einer Ausgliederung mit Firmengründung. Die Tätigkeit der übrigen Nutzungen, wurde bald eingestellt.

J2 2/3. 10. 93

## **Schweizer Investor kaufte Robotron-Gelände in Radeberg**

**Bedenken im Betriebsrat, aber keine andere Wahl**

*Schlagzeile der Sächsischen Zeitung vom 02.10.1993*

Die vorhandenen Ausrüstungen wurden durch den Investor zum großen Teil verkauft, da geplante Ansiedlungen um die hochwertigen Ausrüstungen herum nicht umgesetzt werden konnten. Nur die 1989 von den Schweizer Firmen Raskin und Beyeler gekauften Ausrüstungen zur Blechverarbeitung blieben, nach käuflicher Übernahme (ohne jegliche Unterstützung durch die Treuhandanstalt) durch die von ehemaligen Betriebsangehörigen gegründete Firma „Mechanische Fertigung“, im Betriebsgelände erhalten.

Etwa zum gleichen Zeitpunkt (Oktober 1993) erwarb die Radeberger Hybridelektronik GmbH, als echtes von der Treuhandanstalt lange Zeit für die Privatisierung im Mittelstandsbereich propagiertes „mbo Unternehmen“ (ehemalige Betriebsangehörige erwerben ihren Betrieb), Geländeanteile, Gebäude und Ausrüstungen. Auch dieses Unternehmen wurde in seiner Gründung von den am Verkauf beteiligten Partnern mehr behindert als unterstützt (Einzelheiten sollen hier nicht erläutert werden, da es sich um ein heute noch lebendes Unternehmen handelt und die Darstellung der neuen Firma vorbehalten bleibt).

Die Gesamtvollstreckung über den ehemaligen Betrieb war damit noch lange nicht abgeschlossen. Undurchsichtige, teilweise prinzipieller Art geführte und nicht der speziellen Sache dienende Gerichtsprozesse haben bis heute einen Abschluss der Gesamtvollstreckung behindert. Das bei der ursprünglichen Eröffnung der Gesamtvollstreckung für einen solchen Vorgang erhebliche Betriebsvermögen ist bisher keinem Gläubiger bzw. keiner sanierenden Maßnahme zu gute gekommen.

Positiv muss abschließend eingeschätzt werden, dass es der Verwalter in der Gesamtvollstreckung verstanden hat, einen Betrieb in dieser Größenordnung, mit etwa 4000 Beschäftigten, ohne Ausschreitungen, bei Wahrung aller vertraglichen und versorgungstechnischen Sicherungen des Geländes und der in den einzelnen Zeitetappen beschäftigten Betriebsangehörigen unter Mitwirkung einer Gruppe sachlich orientierter Mitarbeiter, auf den Stand „Null“ zu reduzieren.

Der größte Radeberger Betrieb hatte damit nach 78 Jahren mit wechselvoller Geschichte seine Tätigkeit endgültig eingestellt.

**Quellen:**

Dokumentensammlung und Aufzeichnungen Autor

Betriebszeitungen

Tageszeitungen Sächsische Zeitung, Dresdner Neuste Nachrichten, einschließlich Vorläufer in den Wendejahren

Informationen von Frau Edeltraut Mikkat, Herrn Siegfried Klauß, Herrn Dieter Herz, Herrn Werner Zbanek, dafür herzlichen Dank

Bildnachweis:

Bildersammlung Autor